1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 3
vom 17. Jan. '86
20. Jahrgang
Preis 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

Anträge zum VI. Parteitag der KPD
Seiten 7 - 11

Revolutionäre Sozialisten zur Bundestagswahl 1987
Seiten 11 - 13

Schmidts Erbe

Eine runde Million soll die Anzeigenkampagne gekostet haben, mit der Johannes Rau die Bundesbürger zur allgemeinen Versöhnung aufrief. Wie das zu verstehen ist, wird nicht nur aus dem Text selbst deutlich, an dem allen Beobachtern sofort auffiel, daß der Parteiname SPD nirgends auftaucht, ganz im Sinne des „Kanzlers aller Bürger" und in der Tradition Helmut Schmidts.

Es wird auch deutlich an den Stellungnahmen Raus zu der Auseinandersetzung um den § 116, insbesondere sein sofortiges Einstimmen in die heuchlerische Kampagne wegen des Gedränges anläßlich Wallmanns Auftritt beim DGB/Frankfurt. Empört über die Gewalt usw. — darin läßt sich Bruder Johannes, erst recht nach seiner jüngsten Predigt, von niemandem überbieten. Aber Rau, ganz der Erbe Schmidts, unterstreicht natürlich auch in diesem Zusammenhang, was er schon in seiner Anzeige verkündete: Daß diese Bundesregierung den sozialen Frieden gefährde.

Das ist wieder ganz der Johannes Rau, der aus Anlaß der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel im letzten Jahr alle Sanftmut dahin fahren ließ und um des „lieben Friedens" willen mit seiner Landesregierung eine großangelegte Hetz- und Einschüchterungskampagne betrieb. So ist es auch logisch, daß Bruder Johannes in seinem Aufruf nichts dagegen sagt, wenn staatliche Stellen mit Polizeigewalt Protest niederknüppeln lassen sich aber eben im faktisch gleichen Atemzug über Prügel, die Wallmann nicht einmal bezogen hat, lauthals empört.

Sein größtes Manko in seiner Kampagne scheint zu sein, daß die westdeutschen Unternehmer nicht sonderlich an der Garantie des sozialen Friedens im Rauschen Sinne interessiert sind, sondern lieber zügig Wendepolitik betrieben sehen.

Geheimgesetze noch im Januar im Bundestag?

„Orwell'sche Dimensionen"

Bei einem Treffen in der letzten Woche einigten sich die Chefs der Regierungsparteien Kohl, Strauß und Bangemann darauf, das gesamte Paket von sieben (Un-)Sicherheitsgesetzen noch in dieser Legislaturperiode durch den Bundestag zu bringen.

Die bis dahin geäußerten „grundsätzlichen Bedenken" der FDP-Spitze haben sich auf den Punkt reduziert, ob das geplante Gesetz über die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten als Teil des gesamten Gesetzespakets oder gesondert behandelt werden soll. Die Gesetzentwürfe sollen wahrscheinlich bereits in der nächsten Woche im Bundestag eingebracht werden.

Inzwischen hat auch der Bundesfachausschuß der Richter und Staatsanwälte in der ÖTV gegen diese geplanten Gesetze protestiert. In einer Stellungnahme vom letzten Wochenende heißt es unter anderem: „Der Bundesfachausschuß Richter und Staatsanwälte in der ÖTV wendet sich entschieden gegen die Absicht der CDU/CSU, ein ganzes Paket von Sicherheitsgesetzen im Schnellverfahren vom Bundestag verabschieden zu lassen. In den geplanten Gesetzen, mit denen man angeblich dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts Rechnung tragen will, werden das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und der Militärische Abschirmdienst (MAD) mit weitreichenden Kompetenzen zur Erfassung von persönlichen Daten ausgestattet (Bundesverfassungsschutzgesetz, MAD-Gesetz). Außerdem wird die ‚informelle Zusammenarbeit' der Nachrichtendienste untereinander (BfV, MAD, Landesämter für Verfassungsschutz) und der Polizeibehörden (Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz und Polizeibehörden der Länder) geregelt (ZAG).

Durch den so möglichen Datenverbund wird das durch die Erfahrungen mit der Gestapo begründete Gebot der Trennung von Polizei und Geheimdiensten unterlaufen. Die inzwischen nach außen gedrungenen Entwürfe lassen einen Überwachungsstaat Orwellscher Dimension befürchten."

Wallmann außer Lebensgefahr!



„Wallmann kriegt längst verdiente Schläge", freute sich die „taz" am Montag. Verdient wären sie schon gewesen, aber gekriegt hat er sie wohl nicht. Jedenfalls meldete sich am Dienstag Reinhold Winter, Betriebsrat und Ortsvereinsvorsitzender der IG DruPa in Neu-Isenburg in der „taz" zu Wort:

„Es war am Anfang, als Wallmann reinkam, so wie beim Winterschlußverkauf, wenn es Gedränge gibt um irgendwelche Billigangebote. Daß er bewußt geschlagen worden ist, haben auch Leute nicht bestätigen können, die unmittelbar daneben standen."

Ob er sie nun gekriegt hat oder nicht, feststeht: zahlreichen Streikposten ist beispielsweise während der Streiks 1984 weitaus übler mitgespielt worden, ohne daß die ganze Republik mit einer hysterischen Gewaltdiskussion überzogen worden wäre.

Jetzt aber jault die Regierung über Meinungsterror und Gewalt als „Folge hemmungsloser Agitation der IG Metall", hetzt das „Handelsblatt", die Gewerkschaften hätten die Grenze zwischen Rechtsstaat und einer „faschistoiden Gesellschaft" verletzt.

Wahr ist: der Protest gegen die Einladung Wallmanns durch den Frankfurter DGB war völlig berechtigt. Wallmann hat allenfalls einige Püffe abbekommen. Gewalt wird der Gewerkschaftsfreiheit angetan. Die Gewalttäter sind namentlich bekannt. Wallmann gehört zu ihnen.

Stationierung von Cruise missiles hat begonnen

Mehrere tausend Menschen demonstrierten am letzten Samstag für den Abzug der Pershing II aus Heilbronn und gegen die geplante Erweiterung des Stationierungsgeländes. Anlaß für die Demonstration war die Explosion einer Raketenstufe vor einem Jahr, bei der drei Soldaten starben und 16 zum Teil schwer verletzt wurden.

In der letzten Woche wurde gemeldet, daß die USA mit der Stationierung der Cruise missiles in der Bundesrepublik begonnen haben. Insgesamt sollen 96 dieser Marschflugkörper hier stationiert werden.

Gegen die Stationierung der Cruise missiles soll am 11. Oktober dieses Jahres eine gemeinsame Demonstration der gesamten Friedensbewegung in Hasselbach im Hunsrück stattfinden. Darauf einigte sich der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung am letzten Freitag. Endgültig beschlossen werden muß über diese Demonstration auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung, die am 1./2. Februar in Köln stattfindet.



Gemayel bei Assad

Frieden im Libanon?

Der Besuch des libanesischen Staatspräsidenten Gemayel bei seinem syrischen Kollegen Assad machte in diesen Tagen Schlagzeilen. Gemayel wird aller Wahrscheinlichkeit nach — und nicht ganz freiwillig — das Abkommen, das Syrien am 28. Dezember mit den Führungen der Drusen und Moslems sowie einer Fraktion der Maroniten schloß, unterzeichnen (obwohl zur selben Zeit in Beirut innerchristliche Gefechte begannen). Frieden für Libanon?

Sicher: Nach zehn Jahren kriegerischer Handlungen, nach Invasionen von Seiten israelischer Aggressoren, syrischen Interventionen, andauernden Auseinandersetzungen nicht nur mit der maronitischen Reaktion sondern auch zwischen allen möglichen Stellvertretergruppierungen, Volksgruppen und politischen Flügeln wächst der Wunsch nach einem Ende dieser Lage.

Dieses Abkommen jedenfalls ist in einer für den Libanon bisher untypischen Breite unterzeichnet worden, was dazu führen kann, daß es, wenn unterzeichnet, länger anhält als nur ein paar Tage.

Allerdings: Die grundlegenden Bedenken gegen dieses Abkommen liegen auf der Hand und sie sind derart, daß sie eine dauerhafte Friedenslösung unmöglich machen werden.

Denn dieses Abkommen ist zu Recht als „Pax Syriana" bezeichnet worden. Nicht nur, weil es vor allem durch die militärische Präsenz syrischer Truppen vorangetrieben wurden. Sondern auch, ganz einfach, wegen des Inhalts. Denn in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik wird ausdrücklich festgehalten, daß der Libanon sich der syrischen Politik anzuschließen hat. Ein Vertrag der derartigen eindeutig Abhängigkeit beschreibt und festlegt, wird kaum dazu dienen können, den Frieden, womöglich auch noch dauerhaft, zu schaffen. Er trägt in sich alle Keime neuer Auseinandersetzungen — die höchstens vorübergehend durch syrische Militärpolitik „unterkühlt" werden könnten.

Arbeitslosenzahlen 85 widerlegen Regierung

Das schlechteste Jahr

Prognosen der Bundesanstalt negativ

Die Veröffentlichung der abschließenden Zahlen für 1985 durch die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BfA) zeigte nochmals deutlich, wie groß der Unterschied zwischen der Regierungspropaganda (wie sie so massiv zur Jahreswende betrieben wurde) und der Wirklichkeit ist. Der Aufschwung, in dem sich die kapitalistische Wirtschaft der BRD befindet schlägt zwar voll auf die Profite der Kapitalisten durch, ändert aber nichts an der andauernden Millionenarbeitslosigkeit.

Die Zahl von fast 2,35 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen im Dezember 85 lag um immerhin 22000 über dem Dezember 84, um rund 136000 über dem November 85. Insgesamt meldeten sich so viele Menschen wie noch nie im Verlauf des Jahres 85 arbeitslos: 3750240 mal wurde in diesen zwölf Monaten der Gang zum Arbeitsamt angetreten. Auch die Zahl derjenigen, die „Warteschleifen" einlegen, wie etwa ABM-Maßnahmen, ist deutlich gestiegen, wie auch die Zahl der Zeitverträge (die statistisch nicht gesondert aufgeführt wurden). Beides, die steigende Zahl von ABM-Arbeitsverhältnissen (fast 130000) und die Zeitverträge haben zwar einen noch stärkeren Anstieg der Arbeitslosenzahlen verhindert, bedeuten aber weder gesicherte Arbeitsplätze noch gar Sicherung tariflicher Arbeitsverhältnisse, sondern deuten auf die vom Kapital gewünschte verstärkte Ausbeutung auch auf diesem Wege hin.

Immer deutlicher wird, daß insbesondere die Zahl der Frauen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, kontinuierlich anwächst. Darauf basiert auch die regierungsamtliche Verleumdungskampagne gegen Frauen, die sich arbeitslos melden. Im Vergleich zum Vorjahresdezember sank die Zahl der arbeitslosen Männer um rund 21000, die der arbeitslosen Frauen aber stieg im selben Zeitraum um 43000. Die auch in der gewerkschaftlichen Frauenbewegung aufkommende Forderung nach einer Quotierung bei der Stellenvergabe erweist sich also immer deutlicher als nötig und richtig.

Die höchste Quote an Arbeitslosigkeit weisen nach wie vor die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter auf, über 1/4 Million Menschen, das sind rund 14,2 Prozent aller ausländischen Erwerbstätigen (im Verhältnis zu einer Gesamtquote von 9,4 Prozent) sind arbeitslos. beitslos.

Die Propaganda, wie sie noch im letzten Jahr das Ausbleiben aller Versprechungen dieser Regierung rechtfertigen sollte, es sei so geschehen aufgrund von Sonderentwicklungen in besonders altertümlichen Branchen — damit war vor einem Jahr insbesondere die Bauindustrie gemeint — läßt sich ein Jahr später nicht mehr aufrecht erhalten. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen aus dem Baubereich nach wie vor extrem hoch, rund 186000 — aber dies waren insgesamt etwa 6000 weniger als im Vorjahr. Weiter angestiegen ist auch die Zahl der Arbeitslosen unter 20 (unter denen es ohnehin neben den Frauen, die größte „Dunkelziffer" geben dürfte) auf über 163000.

Wenn jetzt von Regierungsseite zum einen behauptet wird, es seien — wieder einmal — nur vorübergehende Einflüsse, die Jahreszahlen seien nicht repräsentativ und was dergleichen Schutzbehauptungen mehr sind, so werden sie von einer jüngst veröffentlichten Studie der BfA ihres Parteifreundes Franke eindeutig widerlegt. (Siehe nebenstehenden Abdruck des zentralen Schaubildes dieser Studie). Deshalb werden wohl auch weiter Kampagnen geführt für eine Veränderung der Statistik — nach dem Motto „Wenn sich die Wirklichkeit nicht ändert, ändern wir sie". In der BfA-Studie werden verschiedene Möglichkeiten der Entwicklung vom Jahr 82 (von dem aus die Berechnungen unternommen wurden) bis ins Jahr 2000 durchgerechnet. Von besonderer Bedeutung erscheint den Analysen dabei auf der Seite der Arbeitskräfte die Entwicklung bei Frauen und bei ausländischen Kolleginnen und Kollegen.

Bezeichnenderweise werden diese Teile der Arbeiterklasse, die in den Prognosen der BfA eine so bestimmende Rolle einnehmen auch im Abschlußbericht für 85 ausdrücklich erwähnt: Es habe eben einen besonders hohen Zugang an Frauen gegeben und die „Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte" (wie es die BfA vornehm zurückhaltend nennt) sei faktisch zum Stillstand gekommen.

So liegen denn wohl auch die Ursachen dafür, daß in der Tat bereits ab Januar 86 von der BfA aus damit begonnen werden wird, die Statistik real zu verändern.

Die drei Varianten der Prognose im „Potentialbereich" beziehen sich allesamt auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit deutscher Frauen und ausländischer Frauen und Männer — wobei sich die reale Entwicklung in den Jahren von 1982 bis 1985 entlang der untersten Variante abgespielt hat. Im Bereich Bedarf allerdings blieb die reale Entwicklung in diesen drei Jahren sogar noch unter der niedersten Variante die von der BfA durchgerechnet wurde. Die sogenannte Rückkehrförderung war Hauptursache dafür, daß sich die Entwicklung des Potentials arbeitsfähiger Menschen am unteren Rand der Varianten entwickelte.

Alle seitdem eingetretenen Tendenzen zeigen, daß die normale Entwicklung nicht dazu führen wird, das Problem der Arbeitslosigkeit leichter zu lösen.

Die allerdramatischste der angegebenen zweimal drei Varianten geht um rund sieben Millionen Menschen auseinander — rund 30 Millionen Erwerbstätige stünden dann einem „Bedarf" von unter 23 Millionen gegenüber. Die positivste Variante weist immer noch eine Differenz von rund anderthalb Millionen aus — jeweils auf das Ende der Berechnungen im Jahr 2000 berechnet, dazwischen zeigen die Kurven den Verlauf. Die Kombinationsmöglichkeiten werden aus dem Schaubild deutlich. Deutlich wird daraus auch, daß die einfache Problemlösung der bürgerlichen Propaganda, der „Babyboom" sei sowieso bald vorüber (bzw. sein Ankommen auf dem Arbeitsmarkt) offensichtlich nicht zieht. Ebenso wird daraus deutlich, daß die von der Seite der Reaktion her organisierte Kampagne gegen Frauen, die arbeiten wollen, weder zufällig noch besonders zeitlich beschränkt ist — so wie auch neue Maßnahmen gegen ausländische Arbeiter sich aus diesen Prognosen für die Reaktion als nötige Konsequenz ergeben.

Von weiteren Bestrebungen etwa zur Ausgliederung aus der Arbeitslosenversicherung darf angesichts solcher hauseigener Berechnungen der BfA ausgegangen werden. Die Optimismuskampagne der Regierungsparteien jedenfalls wird nicht ausreichen, dies zu „lösen".

Neue Arbeitsmarktbilanz 1965–2000

Große Arbeitsmarktrisiken bis 2000

Selbst bei relativ optimistischen Annahmen bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung wird auch in den 90er Jahren die Gefahr anhaltend hoher Arbeitslosigkeit bestehen:

- Bei 2,5% längerfristigem Wirtschaftswachstum pro Jahr könnte es bis zum Jahr 2000 ungefähr gleich viel Arbeitsplätze geben wie 1985,
- bei nur 1% Wachstum wäre dagegen bis 2000 mit einem Abbau von über 2,5 Millionen Arbeitsplätzen zu rechnen und
- bei einem jährlichen Wachstum von 3% dürfte die Zahl der Arbeitsplätze um etwa eine Million zunehmen.
- Das Potential an Erwerbspersonen wird ohne Berücksichtigung des Vorruhestandes und evtl. weiterer potentialwirksamer Maßnahmen bis gegen 1990 noch um mindestens 200000 Personen höher sein als 1985.
- Nach 1990 würde das Potential aus demographischen Gründen stark zurückgehen; Ausländerzuwanderungen und ein starker Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung könnten jedoch kompensierend wirken.

Die neuen Projektionen bestätigen damit die bisherigen Arbeitsmarktvorausschätzungen des IAB, die schon seit langem die enormen Herausforderungen an die Beschäftigungspolitik der Gegenwart und Zukunft deutlich machen.

Autoren: Wolfgang Klauder, Peter Schnur, Manfred Thon
Manuskriptarbeiten: Ursula Seitz, Angela Thein, Heidemarie Zeck
Graphik + Redaktion: Renate Krüdener-Riß, Ulrich Möller
Technische Herstellung: Zerreiss GmbH
Bezugsmöglichkeit: Landesarbeitsamt Nordbayern, Geschäftsstelle für Veröffentlichungen, Regensburger Straße 100, 8500 Nürnberg 30, Tel.: 0911/17-4163
Schutzgebühr: DM 1,– Mengenrabatte auf Anfrage
Rechte: Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Quelle: Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre ... in MittAB 1/1985

Basisjahr der Projektionen ist 1982. Grund: Längerfristige Projektionen müssen zur Erfassung des Strukturwandels soweit wie möglich untergliedert erfolgen. Die nötigen Detaildaten für die einzelnen Sektoren und für die einzelnen Personengruppen liegen jedoch im allgemeinen erst mit erheblichen Zeitverzögerungen vor. Zum Zeitpunkt dieser Projektion (1984) waren genügend tief gegliederte Daten erst bis 1982 verfügbar.

Mio: 30, 29, 28, 27, 26, 25, 24, 23, 22, 21

Potential an Arbeitskräften

Bedarf an Arbeitskräften

reg. Arbeitslose + Stille Reserve*

1965, 1970, 1975, 1980, 1985, 1990, 1995, 2000

Basisjahr der Projektion 1982

Tatsächliche Entwicklung bis 1985: Global entwickelte sich das **Potential** 1983 bis 1985 etwa entlang der untersten Variante - vor allem als Folge der befristeten Maßnahmen zur Rückkehrförderung der Ausländer und aufgrund des Vorruhestandsgesetzes (zur möglichen Wirkung des Vorruhestandes s. Rückseite).
Die tatsächliche Entwicklung des globalen **Bedarfs** verlief – nicht zuletzt konjunkturell bedingt – bis 1984 unterhalb des unteren längerfristigen Variantenpfades, dürfte jedoch 1985 diesen kreuzen. (1985 vorläufig)

oberste Potentialvariante: betonter Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung der Deutschen; Zuwanderungsüberschuß bei Ausländern (s. Rücks.)

mittlere Potentialvariante: Erwerbsbeteiligung entsprechend langfristigen Tendenzen; Nullwanderung bei Ausländern

unterste Potentialvariante: abgeschwächter Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung der Deutschen, Abwanderungsüberschuß bei Ausländern (s. Rücks.)

obere Bedarfsvariante: starker Strukturwandel; 3,0% Wirtschaftswachstum, 2,8% Produktivitätsanstieg je Erwerbstätigen, 1,2% Arbeitszeitverkürzung, jeweils pro Jahr im Zeitraum 1982/2000

mittlere Bedarfsvariante: mittelstarker Strukturwandel, 2,5% Wirtschaftswachstum, 2,5% Produktivitätsanstieg je Erwerbstätigen, 1,0% Arbeitszeitverkürzung, jeweils pro Jahr im Zeitraum 1982/2000

untere Bedarfsvariante: wenig Strukturwandel; 1,2% Wirtschaftswachstum, 1,9% Produktivitätsanstieg je Erwerbstätigen, 1,3% Arbeitszeitverkürzung, jeweils pro Jahr im Zeitraum 1982/2000

*Zu der **Stillen Reserve** zählen die Personen, die sich bei Arbeitslosigkeit nicht beim Arbeitsamt arbeitslos melden oder bei ungünstiger Arbeitsmarktlage entmutigt die Arbeitssuche aufgeben, die aber bei besserer Arbeitsmarktlage wieder eine Arbeit aufnehmen würden.

Weiter Streit um SDI

Strauß für konkreten SDI-Vertrag

Widerstand darf sich nicht ablenken lassen

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien der Regierungskoalition um die Beteiligung von BRD-Firmen an den zahlreichen SDI-Projekten gehen weiter. Auch nach den Beschlüssen des Kabinetts in der letzten Woche kartete CSU-Chef Strauß nochmals nach.

Strauß wandte sich nachdrücklich gegen jede „Verwässerung" der Frage, daß die Delegation der Bundesregierung geleitet von FDP-Wirtschaftsminister Bangemann über etwas anderes zu verhandeln habe als über die konkreten Bedingungen einer Zusammenarbeit bei SDI. Er empfahl nachdrücklich das britische Modell eines weitgehenden geheimen Vertragswerkes über SDI.

Mit Sicherheit ist diese klare Stellungnahme von Strauß nicht unabhängig von seiner Position als Sprecher wichtiger bayerischer Konzerne zu sehen, etwa Siemens. Bangemann dagegen wird als Unterhändler über technologische Zusammenarbeit überhaupt und über bessere Bedingungen für westdeutsche Konzerne bei gemeinsamen Geschäften mit den USA im allgemeinen verhandeln.

So lautstark dieser Streit auch geführt werden mag, es geht dabei sicher nicht um grundsätzliche Gegensätze. Er ist immer auch ein Streit, der die Orientierung verschiedenster Kapitalisten in diesen Fragen widerspiegelt, wobei es gewiß ganz falsch wäre, etwa das Wirken eines sogenannten „militärisch-industriellen-Komplexes" dem eines „friedlicheren" Teiles des westdeutschen Kapitals entgegenzusetzen. Diese Scheidelinie stammt aus dem Reich der politischen Phantasie, spiegelt aber nicht entfernt die Realität wider, in der nahezu alle Kreise des Großkapitals zu Rüstungsgewinnlern geworden sind.

Ein solcher Streit zwischen den reaktionären Koalitionsparteien kann nicht zuletzt auch dazu dienen, die wirkliche Fragestellung, nämlich ob SDI oder nicht, ob militärische Zusammenarbeit im Forschungs- und Entwicklungsbereich überhaupt oder nicht in den Hintergrund zu drängen. Denn: Einen SDI-Gegner gibt es in der Bonner Koalition nicht. Und die Alternative Eureka, mit der sich Teile der SPD profilieren möchten (die hier Gemeinsamkeiten mit der FDP finden) ist nun wahrlich nichts grundsätzlich anderes.

Solch ein Streit entbindet die Regierungskoalition auch zunehmend der Auseinandersetzung mit Argumenten gegen SDI, die sich immer mehr anhäufen und die von verschiedenster Seite aus dazu führen, daß die Begründungen, mit denen Regierung und — vor allem — zahlreiche CDU-Politiker für SDI eintreten in Zweifel gezogen werden.

Auch in den Wochen nach dem Bundestagshearing haben vor allem Wissenschaftler und entsprechende Vereinigungen das Argument ohne SDI gäbe es einen wissenschaftlichen Forschungsrückstand erneut vielfach in Zweifel gezogen. Aus allen solchen Stellungnahmen wird zunehmend deutlich, daß die Lieblingsthese der reaktionären Politiker, aus der Kriegsforschung ergäbe sich sozusagen automatisch ein vermehrter Gewinn auch für den zivilen Bereich so einfach nicht mit der Wirklichkeit und mit den bisherigen Erfahrungen übereinstimmt. (Das populärste — und einfachste — Beispiel dieser Argumentation, fast schon lächerlich, die Teflonpfanne, die angeblich aus der Mondfahrt resultiere, war immerhin bereits 1938 als Patent angemeldet: Nur ein kleiner Beweis für die Lügenpolitik der Kohl, Späth und Co.).

Der Teil des Widerstandes gegen SDI, der von der SPD getragen wird (und dies ist keinesfalls die Mehrheit) versucht weiterhin, das Gegenmodell Eureka in die Debatte zu werfen, sozusagen als das bessere Ende auch für die westdeutschen Konzerne. Als echte Alternative zu SDI scheint Eureka aber aktuell (nach der Hannoveraner Konferenz) für die Konzerne nicht zu bestehen, die daran Interessierten sehen dies vor allem als Ergänzung — was natürlich auch keine grundsätzliche Entscheidung ist, aber trotzdem erstmal gilt. Die entsprechenden aktuellen Bekundungen der Konzerne und Kapitalistenverbände sind eindeutig.

Alle diese verschiedenen taktischen Varianten dürfen nicht dazu führen, den Widerstand gegen die gigantischen Rüstungspläne in Zusammenhang mit diesen oft beschönigend „Forschungsvorhaben" genannten Projekte auf solche verschiedenen Varianten einzuengen und von der grundsätzlichen Opposition dagegen zu lassen.

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A) FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Betriebliche Friedensinitiativen

Das nächste Treffen der betrieblichen Friedensinitiativen in der Bundesrepublik findet statt am 25. 1. '86 in Dortmund im Haus der Jugend. Anmeldungen über: Büro der betrieblichen Friedensinitiativen, Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund.

Ruhrgebietstreffen

Am 25. 1. '86 findet erneut ein Treffen antifaschistischer Initiativen aus dem Ruhrgebiet statt. Neben dem Austausch von Informationen und Erfahrungen ist Hauptthema die vorgeschlagene Durchführung einer landesweiten Kampagne für das Verbot der FAP. Das Treffen findet auch Einladung des Antifaschistischen Forums Dortmund im Fritz-Henßler-Haus in Dortmund statt.

NPD-Versammlung fand nicht statt

Nachdem Mitte Dezember eine von der NPD in Frankfurt geplante Weihnachtsfeier durch Protestaktionen verhindert wurde, fiel eine für Ende Dezember geplante NPD-Versammlung von vornherein aus. Die Versammlung sollte im Bürgerhaus Gallus stattfinden. Die Städtische Saalbau GmbH hatte auch erst einen Mietvertrag mit der NPD geschlossen, ihn dann aber selbst wieder gekündigt. Begründung: Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die NPD verzichtete darauf, gegen diese Entscheidung vor Gericht zu klagen.

FAP-Verbot

Nach Bielefeld hat jetzt auch die Stadt Dortmund beschlossen, der FAP keine öffentlichen Räume für Veranstaltungen und keine öffentlichen Flächen für Stände u. ä. mehr zur Verfügung zu stellen. Einen ähnlichen Beschluß hatte es in Duisburg bereits vor einem Jahr gegeben. Inzwischen hat die Landesregierung NRW erklärt, daß sie über den entsprechenden Antrag des Landtages an den Bundesrat prüfen will, ob sie selbst ein Verbot der FAP durch das Bundesverfassungsgericht in die Wege leiten kann. Mit welcher Begründung ein solcher Verbotsantrag gestellt werden soll, wollte Innenminister Schnoor der Presse gegenüber nicht bekanntgeben.

SS-Treffen in Nesselwang?

Im Mai '86 will die „Truppenkameradschaft der 3. SS-Panzerdivision Totenkopf" in Nesselwang im Allgäu ein Treffen veranstalten. Gegen ein Nazi-Treffen im Mai letzten Jahres in Nesselwang hatten rund 5000 Menschen demonstriert.

Der DGB-Kreis Allgäu hat jetzt einen Verbotsantrag gegen das für den kommenden Mai geplante Nazi-Treffen gestellt. Noch im Januar soll außerdem eine erste Beratung verschiedenster Organisationen für eine Gegendemonstration stattfinden.



Trauerdemo in Hamburg — in der Mitte des Bildes ein Bruder des Ermordeten

Skind-Heads in Hamburg

5 Überfälle in 12 Stunden

In der Nacht nach der Trauerdemonstration wegen der Ermordung von Ramazan Avci fielen Skind-Heads in der zeit von Samstag abend, 19.35 Uhr bis Sonntag morgen, 7.45 Uhr fünfmal über Deutsche und Türken her.

Als ersten traf es einen 16jährigen Schüler, den fünf bis sechs Skin-Heads auf einem S-Bahnhof eine Bierflasche auf den Kopf schlugen und anschließend noch mit einem Schlagstock auf ihn losgingen.

Auf derselben S-Bahnstrecke bedrohten Skin-Heads wenig später Fahrgäste, die im letzten Wagen einer S-Bahn saßen. Einer deutschen Frau wurde eine Plakette „Nazis raus" abgerissen. Ein Türke wurde geschlagen.

Drei Stunden später bespucken Skin-Heads in einem S-Bahnabteil zunächst die Fahrgäste. Dann schlagen sie mit Bierflaschen, Ketten und anderen Gegenständen auf einen 46jährigen Türken und seine 17- bzw. 18jährigen Söhne ein. Alle drei werden später schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht. Die Skin-Heads entkommen, nachdem einer der Fahrgäste die Notbremse zieht.

In derselben Nacht zertrümmern zwei Skin-Heads die Scheiben eines türkischen Ladens.

Am Sonntag morgen schließlich fallen die Skin-Heads noch einmal über einen Deutschen her: in einer Kneipe auf St. Pauli hetzen vier Skin-Heads gegen Türken und Ausländer im allgemeinen. Einer der Gäste äußert eine „gegenteilige Meinung", wie es im Polizeibericht heißt. Daraufhin treten die Skin-Heads ihn so brutal, daß er in einem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden muß. Alle diese Überfälle wurden, wie die „taz" meldet, bei der Polizei angezeigt. Irgendwelche „Ermittlungserfolge" gab es aber bisher nicht.

15 000 bei Trauer-Demo in Hamburg

Die Trauerdemonstration wegen der Ermordung von Ramazan Avci, die am letzten Samstag in Hamburg stattfand, war die größte Demonstration, die es seit Jahren in der Bundesrepublik gegeben hat. 15000 waren es, die unter dem Motto „Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus" auf die Straße gingen.

Aufgerufen zu der Demonstration hatten türkische und kurdische Organisationen, das Hamburger Bündnis gegen Ausländerfeindlichkeit, der DGB und zahlreiche weitere Organisationen, darunter auch die KPD.

Die Demonstration begann mit einer Schweigeminute in der Nähe des S-Bahnhofs Landwehr an der Bushaltestelle, wo Ramazan Avci totgeschlagen worden war. Die Demonstranten und die Redner auf der Abschlußkundgebung forderten vor allem, daß endlich politische Konsequenzen aus der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit gezogen werden. So das Verbot der HLA, der Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung, und das Verbot der FAP. So eine Änderung des Ausländergesetzes, die der Tatsache Rechnung trägt, daß es sich bei den in der BRD lebenden Ausländern um Einwanderer handelt. Konkrete Forderungen dabei waren u.a. die Verwirklichung eines Niederlassungsrechts und eine kommunalen Wahlrechts für Ausländer. Günter Wallraff, der eigentlich auf der Abschlußkundgebung sprechen sollte, aus gesundheitlichen Gründen aber verhindert war, kündigte an, daß Opfer neonazistischer Gewalt in Zukunft aus dem Fonds, der aus dem Verkaufserlös seines Buches „Ganz unten" gebildet wurde, unterstützt werden sollen.

IGM-Vorstand fordert Wahlrecht für Ausländer

Der Vorstand der IG Metall hat „Forderungen an ein neues Ausländergesetz" verabschiedet, die in der letzten Woche der Presse vorgestellt wurden. Danach hat sich jetzt — endlich — auch der Vorstand der IG Metall dazu durchgerungen, die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Ausländer zu unterstützen. Kommunales Wahlrecht sollen nach Auffassung des IGM-Vorstandes diejenigen Ausländer bekommen, die mindestens fünf Jahre in der Bundesrepublik leben.

Nach 5jährigem Aufenthalt in der BRD sollen Ausländer auch eine Aufenthaltsberechtigung ohne irgendwelche Einschränkungen erhalten. Vorher sollen die Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, die — unter Mitwirkung der Bundesanstalt für Arbeit — ohne Auflagen und unbefristet zu erteilen ist.

Keinerlei Beschränkung darf es nach Ansicht des IGM-Vorstandes auch für den Nachzug von Ehegatten geben, die sich rechtmäßig hier aufhalten. Der Nachzug minderjähriger Kinder soll — ohne Aufenthaltserlaubnis der Eltern vorausgesetzt — immer gestattet sein. Außerdem fordert die IG Metall den Abbau finanzieller Barrieren bei der Einbürgerung.

Wie sich die IGM zu dem Teil des Ausländergesetzes verhält, der die politische Betätigung hier lebender Ausländer grundsätzlich beschränkt, geht aus den Presseberichten leider nicht hervor.

Almosen

„Almosen in Form einer Abschlagszahlung" nannte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Berlin, Heinz Galinski, die 5 Millionen Mark, die die „Conference on Jewish Material Claims against Germany" jetzt von der Feldmühle Nobel AG in Düsseldorf erhielt. Zu Recht. Denn was sind 5 Millionen angesichts des maßlosen Leids und der großen materiellen Not, die die Überlebenden Zwangsarbeiter der Dynamit Nobel AG und ihre Angehörigen durchgemacht haben? Und was sind 5 Millionen angesichts der 5 Milliarden, also von 1000 mal 5 Millionen, die Flick jetzt für sein Wirtschafsimperium bekommt?

Wobei der Almosencharakter der 5 Millionen noch dadurch unterstrichen wird, daß Flick selber mit keiner müden Mark an der Zahlung beteiligt ist. Das Geld kommt ausschließlich — „aus humanitären Gründen", wie es hieß. Womit der Weltöffentlichkeit und den Juden, die von Flick einen Entschädigung forderten, bedeutet werden soll: Flick schuldet Euch gar nichts, aber es soll uns auf lumpige 5 Millionen nicht ankommen, damit Ihr endlich Ruhe gebt.

Andere, denen die großbourgeoise Arroganz eines Flick nicht zur Verfügung steht, demonstrierten ihre Gesinnung auf plumpere Art. So der CSU-Abgeordnete Fellner, der in einem Interview mit dem „Kölner Express" seinem Gefühl Ausdruck gab, „daß die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert". Fellner hat inzwischen schriftlich erklärt, daß er die „Mißverständnisse" um seine Äußerung bedauere und versichert, er sei bestimmt kein Antisemit. Das wäre natürlich einerseits lobenswert andererseits aber kann es einem bei der Vorstellung, Fellner könnte kein Antisemit sein, auch kalt den Rücken herunterlaufen. Denn wenn nicht — antisemitische CSU-Mitglieder sich schon so äußern wie Fellner im „Kölner Express" — wie müssen dann erst die antisemitischen CSU-Mitglieder, die es ja auch gibt, gefühlt und gedacht haben?

METALL-Umfrage wg. Flick

Vor einigen Tagen sah es noch so aus, als wollten weder Flick noch die Deutsche Bank auch nur eine müde Mark an die ehemaligen jüdischen Zwangsarbeiter von Flick zahlen. In dieser Zeit machte Otto Köhler im Auftrag von „metall" eine Umfrage in Bonn. Hier der Wortlaut der Umfrage und der Antworten, entnommen der „metall" 1/86.

„Ist es denkbar (fragte „metall"), daß alle demokratischen Parteien, die von Flick Geld genommen haben, in einer gemeinsamen Initiative aus diesen Spenden eine Entschädigung für die Flick-Opfer zahlen?

CDU-Sprecher Merschmeier: *„Ich kann dazu nichts sagen, weil sich die Gremien meiner Partei mit diesem Thema noch nicht befaßt haben. Ich halte es aber nicht unbedingt für eine Möglichkeit, mit der man sich befassen wird."*



FDP-Sprecher Goebel: *„Ich finde diese Verknüpfung etwas künstlich, nur weil da Parteien Wahlkampfspenden genommen haben, daß da auch gleich ein ursächlicher Zusammenhang hergestellt wird."*

SPD-Sprecher Heussen *hatte es mit der Antwort ganz bequem. Nach einer Rückfrage bei der Schatzmeisterei erfuhr er — offensichtlich auch zu seiner eigenen Überraschung — daß die SPD überhaupt kein Geld von Flick bekommen habe."*

Das Gesetz durch Kampf verhindern!

Zur Auseinandersetzung um den § 116 AFG

Trotz der Proteste hält die Bundesregierung an ihrer Absicht, die Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes möglichst schnell durchzusetzen, fest. Am 31. Januar soll der Regierungsentwurf im Plenum des Bundesrates behandelt werden. In der zweiten Februarhälfte könnte die erste Lesung im Bundesrat stattfinden. Frühestens im Mai wäre dann mit der zweiten und dritten Lesung im Bundestag zu rechnen, sofern massiver gewerkschaftlicher Widerstand die Regierungskoalition bis dahin nicht zum Rückzug gezwungen hat.

Unternehmerkritik: just for show

Auch aus dem Unternehmerlager wird der Regierungsentwurf zur Änderung des §116 kritisiert. Vor allem die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) und Gesamtmetall lassen kaum einen Tag ohne entsprechende Stellungnahmen verstreichen. So erklärte Gesamtmetall-Präsident Stumpfe in einem „Spiegel"-Gespräch dieser Woche: „Ich hätte am liebsten eine sehr einfache Regelung, die Umgehungsmöglichkeiten praktisch ausschließt: An mittelbar Betroffene der gleichen Branche wird niemals Arbeitslosengeld gezahlt, und Schluß."

Die Kritik aus dem Unternehmerlager hat offensichtlich Entlastungsfunktion für Blüm und die Regierung. Sie soll dem Vorwurf entgegenwirken, der Regierungsentwurf trüge einseitig den Unternehmerinteressen Rechnung. Auffällig ist ja immerhin, daß die Unternehmer ihre Kritik am, aus ihrer Sicht, angeblich unzureichenden Regierungsentwurf keineswegs Versuche folgen lassen, etwa über den Wirtschaftsflügel der Unionsparteien tatsächlich eine Verschärfung des Regierungsentwurfs in ihrem Sinne durchzusetzen.

Auch Stumpfe macht in dem „Spiegel"-Gespräch deutlich, daß die Unternehmerkritik am Regierungsentwurf politisch nicht sonderlich ernst gemeint ist: „Ich würde mir wünschen, daß es mehr Rechtssicherheit gäbe. Dieses Mehr an Rechtssicherheit gäbe es mit meinem Formulierungsvorschlag: Mittelbar Betroffene aus der gleichen Branche kriegen niemals Arbeitslosengeld. Da sagt der Bundesarbeitsminister: Stimmt, damit ist eine größere Rechtssicherheit hergestellt, aber eine solche Extremlösung kann ich den Gewerkschaften nicht zumuten. Obwohl ich eine andere Auffassung vertrete, habe ich als Staatsbürger Verständnis für einen Minister, der das versucht abzuwägen."

Die Unternehmerkritik am Regierungsentwurf wird in etwa mit der gleichen Härte und Erbitterung geführt wie Schaukämpfe beim Catchen: just for show. Blüm braucht die Unternehmerkritik, um wenigstens einen Teil seiner Glaubwürdigkeit bei den Sozialausschüssen zu retten — also kriegt er sie.

Die CDA wird's nicht richten

Bemerkenswerter ist da schon, was sich am 9.1. im Unterausschuß Recht des Bundesrates zugetragen hat: der Regierungsentwurf fand dort keine Mehrheit, weil das CDU-regierte Berlin zusammen mit den SPD-regierten Bundesländern gegen den Entwurf stimmte.

Berlin brachte einen eigenen Formulierungsvorschlag ein. Im Regierungsentwurf heißt es bekanntlich, daß der Anspruch auf Kurzarbeitergeld ruhen soll, wenn außerhalb des Arbeitskampfgebietes in derselben Branche **„eine Forderung erhoben worden ist, die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist"**. Die Westberliner Regierung möchte die Zahlung von Kurzarbeitergeld für den Fall verweigert wissen, daß Forderungen erhoben worden sind, **„die nach Art und Umfang der Hauptforderung des Arbeitskampfes entsprechen."**

Es darf gerätselt werden, ob in der Sache tatsächlich ein minimaler Unterschied zwischen beiden Formulierungen besteht. Die Vertreter des Westberliner Senats jedenfalls behaupten tapfer, ihr Vorschlag bedeute gegenüber dem Regierungsentwurf eine Präzisierung der Zahlungspflicht und eine Erweiterung der Ansprüche der Arbeitnehmer. Diese Absicht läßt sich aus der Westberliner Alternativformulierung zwar kaum herauslesen, aber immerhin bleibt festzuhalten, daß die Berliner CDU-Senatoren die Regelung der „Arbeitnehmeransprüche" im Regierungsentwurf erweiterungsbedürftig finden.

Für den Berliner Vorschlag stimmte im Unterausschuß übrigens niemand. Lediglich Bayern enthielt sich der Stimme.

Der Antrag der SPD-regierten Länder, den §116 AFG überhaupt nicht zu ändern, wurde mit den Stimmen aller Unions-regierten Länder abgelehnt.

Einen Änderungsvorschlag zum Regierungsentwurf machte auch der Vorsitzende des CDU-Bezirks Westfalen, Kurt Biedenkopf. Nach seiner Auffassung soll eine Schlichtungsstelle im Rahmen der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit darüber entscheiden, ob gezahlt werde oder nicht. Diese Schlichtungsstelle, so Biedenkopf, könne aus Vertretern der Beschäftigten, der Unternehmer und „neutralen Mitgliedern" zusammengesetzt sein.

Gegen den Regierungsentwurf zur Änderung des §116 hat sich der Vorstand der CDA Niederrhein, des mitgliedstärksten Bezirks der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft auf seiner Tagung am letzten Wochenende ausgesprochen. In dem Vorstandsbeschluß der niederrheinischen CDA wird der Bundesregierung vorgeworfen, mit ihrem Gesetzentwurf „Arbeitnehmerinteressen zu vernachlässigen". Der niederrheinische CDA-Vorstand behauptet weiter, Bundesarbeitsminister Blüm, der zugleich Bundesvorsitzender der CDA ist, und der rheinländische CDA-Vorsitzende Wolfgang Vogt, der zugleich Staatssekretär im Blüm-Ministerium ist, hätten in der Frage der Änderung des „Streikparagrafen" in der Partei keine Mehrheit mehr.

Am Freitag dieser Woche wird sich der Bundesvorstand der Sozialausschüsse mit dem Regierungsentwurf zur Änderung des §116 befassen.

Unübersehbar gibt es auch innerhalb der Union Opposition gegen den Regierungsentwurf. Diese Opposition hat sicher unterschiedliche Motive. Leuten wie dem regierenden Bürgermeister Westberlins Diepgen oder Kurt Biedenkopf wird es angesichts der erfolgreichen Mobilisierungskampagne vor allem der IG Metall, die ihre Wirkung auf die öffentliche Diskussion nicht verfehlt hat, mit Blick auf kommende Wahlen offensichtlich einfach mulmig, zumal Meinungsumfragen wie etwa das ZDF-Politbarometer zu belegen scheinen, daß der Anschlag auf das Streikrecht zu nicht unerheblichen Popularitätsverlusten geführt hat.

In den Sozialausschüssen gibt es aber wohl auch grundsätzlichere Bedenken, die nicht zuletzt damit zu tun haben dürften, daß nach einer etwaigen Änderung des §116 zugunsten der Unternehmer der CDA-Einfluß in den Betrieben und vor allem in den Gewerkschaften einen katastrophalen Einbruch erleiden könnte.

Nur Massenkampf kann das Gesetz verhindern

Trotz der feststellbaren Widersprüche in den Unionsparteien gibt es keinen realistischen Anhaltspunkt dafür, daß sie dazu führen könnten, daß dem Regierungsentwurf schließlich die Mehrheit im Bundestag fehlen wird. Jedenfalls hält sich der Drang der infragekommenden Unionsabgeordneten, ihren nicht schlecht dotierten Posten zu riskieren, auffällig in Grenzen. Jedes Vertrauen darauf, daß sich das noch ändert, erscheint illusionär, solange nicht eine neue Stufe gewerkschaftlichen Widerstandes zu einer qualitativ neuen politischen Situation führt. Sonst werden die unionsinternen Auseinandersetzungen allenfalls noch zu einigen kosmetischen Korrekturen am Gesetzentwurf führen.



Hier ist Franz Steinkühler zuzustimmen, der nachdrücklich erklärt hat, er halte nichts von einer „Nachbesserung". Steinkühler: „Selbst wenn der Gesetzentwurf in einigen Punkten nachgebessert würde, wäre es ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz."

In der Tat ist keine Korrektur am Regierungsentwurf denkbar, die nicht auf eine nachhaltige Schwächung der Streikfähigkeit der Gewerkschaften hinauslaufen würde.

Dieses Gesetz muß **verhindert** werden. Dazu gibt es nur einen Weg: der gewerkschaftliche Widerstand muß so stark werden, daß der Anschlag auf das Streikrecht für die Bonner Regierungskoalition und die hinter ihr stehenden Kapitalkreise zum unkalkulierbaren politischen Risiko wird. Wenn massive Widerstandsaktionen die politische Durchsetzbarkeit ernsthaft infragestellen, dann könnten allerdings schon jetzt erkennbare Risse im Unionslager sich so vertiefen, daß die Regierung tatsächlich zum Rückzug gezwungen sein könnte.

Eben darum muß jetzt illusionären Konzepten, die statt auf die volle Entfaltung gewerkschaftlicher Kampfkraft auf den CDA-Einfluß in der Union orientieren wollen, entgegengetreten werden. Eben darum muß jenen entgegengetreten werden, die die Beschränkung der gewerkschaftlichen Aktionen auf niedrigem Protestniveau beabsichtigen.

Als Wortführer dieser Strömung im DGB tritt immer eindeutiger der IG-Chemie-Vorsitzende Herrmann Rappe hervor, der in einem Interview mit dem „Stern" erklärte, im Kampf gegen die Änderung des §116 seien allenfalls „spontane Aktionen der Belegschaften" zulässig, die Gewerkschaften dürften seiner Meinung nach aber nicht zu betrieblichen Streiks aufrufen. Rappe wandte sich dagegen, daß der Streit um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit „zur Verfassungsfrage überhöht" wird. DGB-Gewerkschaften hätten nicht das Recht, gegen die geplante Änderung des §116 das Widerstandsrecht des Grundgesetzes in Anspruch zu nehmen. Rappe wörtlich: „Wenn das Parlament trotz aller Demonstrationen und trotz breiter Mobilisierung in der Bevölkerung mit seiner rechten Mehrheit dieses Gesetz beschließt, dann gibt es dagegen — so bitter das ist — nur eine Möglichkeit: Bei der nächsten Wahl eine andere Mehrheit zu wählen."

Daß Rappe gegen die Wahrnehmung des grundgesetzlichen Widerstandsrechts auftreten würde, hatte man ohnehin vermutet. Wir lernen neu, daß das Streikrecht für einen Gewerkschaftsführer vom Schlage Rappes, für den ein Streik der von ihm geführten Gewerkschaft wohl ohnehin nicht mehr im denkbaren Bereich liegt, keine Verfassungsfrage ist.

Festhalten wollen wir, daß Rappes Argumentation fatal an die Argumentation jener sozialdemokratischen Führer der Weimarer Republik erinnert, die auf die anwachsende Flut der politischen Reaktion und des Faschismus immer nur mit hilflosen Appellen antworten, den Angriffen auf die Arbeiterbewegung bei nächster Gelegenheit mit dem Stimmzettel zu antworten. Die Geschichte hat gezeigt, daß die Arbeiterbewegung sich so nicht dem Vormarsch der Reaktion widersetzen konnte. Vor allem deshalb nicht, weil die Wahlerfolge der Reaktion und der Nazis immer nur Ergebnis der tatsächlichen Schwächung und Demütigung der Arbeiterbewegung im realen Klassenkampf waren.

Historische Parallelen kommen meist auf Krücken daher und sind nur bedingt aussagekräftig. Zweierlei aber läßt sich sagen:

1. Wer es ablehnt, vom Widerstandsrecht Gebrauch zu machen, solange er noch die Kraft zum Widerstand hat, gibt unter Umständen das Widerstandsrecht ein für allemal preis.

2. Es gehört eine erhebliche parlamentarische Borniertheit dazu, nicht zu erkennen, daß der Ausgang der nächsten Bundestagswahl ganz erheblich vom Ausgang dieser Auseinandersetzung um das Streikrecht abhängt. Wer bei der nächsten Bundestagswahl andere Mehrheiten will, muß mit allen Mitteln das Scheitern der gewerkschaftsfeindlichen Regierungspolitik anstreben. Schließlich sei am Rande vermerkt, daß Rappes tröstlicher Verweis darauf, daß Anfang 87 neue Mehrheiten gewählt werden können, daß mit einer neuen Mehrheit im Bundestag auch das Streikrecht wiederhergestellt werden könnte, politisch wenig glaubwürdig ist. Rappe favorisiert bekanntlich, um die Grünen zu isolieren, eine große Koalition. Wie eine große Koalition aber, die auf die Unionsparteien angewiesen wäre, eine etwaige Änderung des §116 wieder zurücknehmen soll, bleibt Rappes Geheimnis.

Der DGB darf der Reaktion in dieser Situation keinen Blankoscheck ausstellen. Er darf seine Mobilisierungs- und Kampfschritte nicht im Sinne Rappes beschränken. Er muß in der öffentlichen Diskussion offensiv dafür eintreten, daß er den jetzigen Angriff auf das Streikrecht für so schwerwiegend erachtet, daß er das Widerstandsrecht des Grundgesetzes in Anspruch nehmen wird, wenn die Reaktion keinen anderen Weg zur Verteidigung von Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit offen läßt.

Es geht jetzt um konkrete Kampfschritte. Notwendig ist es, möglichst bald mit einem neuen Aktionstag die vor Weihnachten begonnene Mobilisierung fortzuführen. Zur ersten Lesung des Regierungsentwurfs im Bundestag, also voraussichtlich in der zweiten Februarhälfte, muß der gewerkschaftliche Widerstand auf eine neue Stufe gehoben werden. Das wäre möglich durch eine Großdemonstration des DGB in Bonn, die notwendigerweise mit einer bundesweiten Arbeitsniederlegung verbunden wäre.

Tarifbewegung im öffentlichen Dienst

6 Prozent müssen her

Am Donnerstag, dem 16. Januar, findet die zweite Verhandlungsrunde der Tarifbewegung im öffentlichen Dienst statt. Die ÖTV fordert 6 Prozent mehr Lohn und Gehalt, eine besondere Anhebung der unteren und mittleren Einkommensgruppen und die Rücknahme der für die Ausbildungsvergütungen im Gesundheitswesen verfügten Kürzungen.



ÖTV-Streik Essen 1976

„6 Prozent müssen her, sonst arbeiten wir nicht mehr", hieß es auf einem Transparent, das Kollegen der Kölner Müllabfuhr für den Besuch der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies gefertigt hatten. Die ÖTV-Chefin unterstrich vor allem die Bedeutung der Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen: "Ohne soziale Korrekturen für die unteren und mittleren Einkommensgruppen geht bei uns nichts." In dieser Frage sei die ÖTV kompromißfähig nur „im Wie, nicht aber im Ob."

Im Vorfeld der Tarifbewegung aber hatte sich Monika Wulf-Mathies dagegen gewandt, die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen schon in der Forderung strukturell zu verankern, wie es erhebliche Kräfte in der ÖTV und die Postgewerkschaft in Form einer Sockel-Forderung angestrebt hatten.

ÖTV-Vorstandsmitglied Heinz Schuerheck erklärte Ende letzter Woche, die ÖTV sei bereit, für ihre Forderung nach Lohnerhöhung um 6 Prozent auch mit längeren Streiks zu kämpfen. Er gehe davon aus, daß das von Innenminister Zimmermann für die zweite Verhandlungsrunde am nächsten Donnerstag angekündigte Angebot für die ÖTV nicht tragbar sein werde, sagte Schuerheck in der Bild-Zeitung.

Vor Beschäftigten der Technischen Werke Ludwigshafen erklärte Monika Wulf-Mathies am Freitag vergangener Woche: „Tariffragen sind Machtfragen. Es kommt auf unseren Willen an, uns auch durchzusetzen."

6-Tage-Woche bei Gruner & Jahr

In der Gruner & Jahr-Druckerei in Itzehoe sah sich der Betriebsrat gezwungen, ein Rationalisierungsschutzabkommen mit der Geschäftsleitung abzuschließen, das unter anderem die Einführung der 34,5-Stunden-Woche bei Effektivlohnausgleich und die 6-Tage-Woche für den Drucksaal und die Weiterverarbeitung vorsieht.

Der Tiefdruckbereich ist besonders von Rationalisierungen betroffen. Bei derzeit noch ca. 15000 Beschäftigten verloren in den vergangenen Jahren ca. 2500 Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz. Noch vor 10 Jahren galten Rotationen mit zwei Meter Bahnbreite und 30000 Umdrehungen in der Stunde als Spitze. Jetzt werden Rotationen mit Breiten von 2,60 m und mehr als 50000 Umdrehungen in der Stunde in Betrieb genommen.

So werden bei Gruner & Jahr zwei neue Rotationen mit einer Bahnbreite von 2,60 m installiert. Diese beiden Rotationen werden künftig die gleiche Produktionskapazität erbringen wie fünf alte Maschinen, die abgebaut werden. Hinzu kommen bei Gruner & Jahr Rationalisierungsmaßnahmen im Weiterverarbeitungsbereich. Alles in allem waren so 200 — 300 Arbeitsplätze weniger notwendig, um die alte Produktionskapazität zu gewährleisten.

Die Geschäftsleitung drohte mit Massenentlassungen, wenn nicht einer Ausdehnung der Produktionszeit zugestimmt würde. Unter diesem Druck schloß der Betriebsrat das Rationalisierungsschutzabkommen ab, das neben anderen Maßnahmen (gleitender Übergang in den Ruhestand, Maschinenbesetzungen u.a.) die Einführung einer vierten Schicht und einer 18stündigen Produktionszeit am Samstag vorsieht. Die Vereinbarung sieht nun folgenden Schichtrhythmus vor: in der Frühschicht wird am Montag bis Freitag von 6.00—14.00 Uhr gearbeitet, am Samstag bis 15.00 Uhr, die Spätschicht geht montags bis freitags von 14.00—22.00 Uhr und samstags von 15.00—24.00 Uhr, die Nachtschicht geht montags bis freitags von 22.00 bis 6.00 Uhr. Nach der Nachtschicht ist eine Woche arbeitsfrei. In jeder Schicht ist eine halbe Stunde Pause enthalten. Das addiert sich auf eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 34,5 Stunden.

Unter der Zwischenüberschrift „Keine Sechs-Tage-Produktion im Tiefdruck!" setzt sich die Zeitung der IG Druck & Papier kritisch mit der Vereinbarung bei Gruner & Jahr auseinander:

„Gerade im Tiefdruck versuchen die Unternehmer bereits seit längerem die Sechs-Tage-Produktion unter Einschluß des Sonnabends einzuführen. Bereits Anfang dieses Jahres haben die Betriebsräte eine entsprechende Offensive abwehren können. Die jetzt bei Gruner & Jahr vereinbarte Sechs-Tage-Produktion ist nur zu verstehen als Ausweg aus einer drohenden Notlage: Der angedrohten Vernichtung von 200 bis 300 Arbeitsplätzen. Unser Widerstand gegen die Sechs-Tage-Produktion darf und wird nicht nachlassen, denn die Nachteile sind einschneidend:

- Vor allem der Verlust des freien Sonnabends. Dahinter tritt auch der Wert der freien Woche zurück: was nutzt eine freie Woche, wenn die Kinder zur Schule gehen müssen, wenn die Ehefrau/der Ehemann arbeiten muß und Freunde und Bekannte ebenfalls nicht frei haben? Was nützt selbst eine 34,5-Stunden-Woche, wenn die zur Verfügung stehende freie Zeit dann genommen werden muß, wenn die Menschen, mit denen man diese gerne verbringen würde, keine Zeit haben?
- Die auf breiter Front eingeführte Sechs-Tage-Produktion würde eine erhebliche Ausweitung der Produktionskapazität bedeuten. Und dies auf einem Markt, der ohnehin schon durch erhebliche Überkapazitäten belastet ist. In dem speziellen Fall von Grunder + Jahr konnte verhindert werden, daß die Sechs-Tage-Produktion zu einer Ausweitung der Kapazität führt. Mit der Aufstellung von zwei neuen Hochproduktiven Maschinen werden fünf alte mit der gleichen Kapazität abgebaut.

Aber gerade aufgrund des Kapazitätsproblems darf es in anderen Tiefdruckereien keine Sechs-Tage-Produktion geben. Würde dies stattfinden, so käme dies einer schlagartigen Ausweitung um über 100 Druckwerken gleich. Dies entspricht rein rechnerisch den Kapazitäten der drei größten Lohndrukker: Girardet, Broschek und Schlott. In diesen Betrieben sind 1700 Beschäftigte tätig. So viel Beschäftigte in der Tiefdruckbranche müßten befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Fazit: Angesichts dieser Umstände kann die weitere grundsätzliche Ablehnung der Sechs-Tage-Produktion nur die einzige Antwort sein."

Tarifdiskussion Metall:

Einkommensverbesserung und Wochenarbeitszeitverkürzung

Die notwendige Auseinandersetzung um den § 116 hat in den Hintergrund gedrängt, daß auch die Auseinandersetzung darüber, welchen Kurs die IG Metall in den nächsten Tarifbewegungen einschlagen soll, in ein vorentscheidendes Stadium getreten ist. Wir drucken im folgenden Auszüge aus einem Diskussionspapier der Verwaltungsstelle Hattingen ab:

Einkommensverbesserung und Wochenarbeitszeitverkürzung keine Alternative

Es ist unbestritten, daß die erkämpfte Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der Metallindustrie (38,5 Stunden) und in der Stahlindustrie (38 Stunden), bei den Beschäftigten innerhalb dem Bereich der Verwaltungsstelle Hattingen grundsätzlich positiv beurteilt wird. Die 38,5- bzw. 38-Stunden-Woche hat neben der zusätzlichen Freizeit für alle abhängig Beschäftigten in der Metallindustrie neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert sowie in der Stahlindustrie vor allem vorhandene Arbeitsplätze gesichert. Damit wurde ein wichtiger tarifpolitischer Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet. Darüber hinaus haben die Unternehmer nicht die Kosten der Arbeitszeitverkürzung im Gegensatz zu ihrer Propaganda denkbar gut verkraftet.

Angesichts der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit, die zum Beispiel in Hattingen 14 Prozent, besteht nach wie vor ein großer beschäftigungspolitischer Handlungsbedarf. Deshalb haben unsere Argumentationen für die Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche weiterhin Bestand. Deshalb ist ein rascher Fortgang bei der Wochenarbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche notwendig.

Die Ortsverwaltung der IG Metall Verwaltungsstelle Hattingen ist deshalb der Auffassung:

Einkommensverbesserung und Wochenarbeitszeitverkürzung sollten in den Betrieben nicht alternativ diskutiert werden. Beides sind notwendige tarifpolitische Beiträge der IG Metall zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen

Nach der Beschlußfassung der Großen Tarifkommission NRW, daß die Verträge über das 13. Monatseinkommen und das Urlaubsgeld nicht gekündigt werden, sind Einkommensverbesserungen nur über eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in der Metallindustrie zum 1. April 1986 bzw. in der Stahlindustrie zum 1. September 1986 zu erreichen.

Es ist unbestreitbar, daß angesichts der Lohn- und Gehaltsabschlüsse der letzten Jahre 1986 ein Bedarf an realen Einkommensverbesserungen besteht.

Die Ortsverwaltung empfiehlt deshalb:

Die entsprechenden Tarifverträge sind zum 31. März 1986 (Metallindustrie) und zum 31. August 1986 (Stahlindustrie) zu kündigen mit dem Ziel:

1. Deutliche Verbesserung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen unter Berücksichtigung
   - der Preissteigerungsrate;
   - der Produktivitätsrate;
   - ggf. der Umverteilungsrate.

2. Neben der **Forderungshöhe** ist aber auch die **Forderungsstruktur** zu berücksichtigen.

Das heißt: Eine stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durch Sockel- oder Mindestforderungen ist aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll und notwendig.

Da wir die Tarifbewegungen 1986/87 im Zusammenhang sehen, müssen wir bei der Diskussion über die entsprechenden Forderungen auch die Auswirkungen auf den Fortgang der Wochenarbeitszeitverkürzung bedenken. Das gilt auch für die Laufzeit der Verträge.

Wochenarbeitszeitverkürzung

Für die weitere Wochenarbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche sind für die Ortsverwaltung beschäftigungspolitische und organisationspolitische Gründe ausschlaggebend:

1. Gibt es nach wie vor einen dringenden beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf.
   - Arbeitslosenquote: Bundesgebiet 8,7 %; Ende September 1985: NRW 10,7 %; Hattingen 14,3 %; Ruhrgebiet 14,4 %.

2. Organisationspolitisch ist zu berücksichtigen, daß die Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen von den Mitgliedern zum nächsten Termin erwartet wird, daß die Argumentationen noch in den Köpfen vorhanden sind und daß die positiven Wirkungen 1985 überzeugend waren.

Die Ortsverwaltung empfiehlt deshalb, die Arbeitszeitbestimmungen in der Metallindustrie zum 30. September 1986 zu kündigen. Sie lehnt es jedoch ab, als Preis für die anzustrebende Arbeitszeitverkürzung einer weiteren Flexibilisierung der betrieblichen Arbeitszeiten zuzustimmen.

Aus für Hertie-Dortmund

Der Kampf der Dortmunder Hertie-Belegschaft gegen die Schließungsabsicht des Konzernvorstandes konnte sein Ziel, den Erhalt der Arbeitsplätze, nicht erreichen. Die Schließung der Dortmunder Hertie-Filiale ist endgültig, nachdem nun Unternehmensleitung und Betriebsrat einen Sozialplan verabschiedet haben.

Damit verlieren über 400 Beschäftigte, vor allem Frauen, ihren Arbeitsplatz. Der Kampf der Hertie-Frauen, die u.a. an den verkaufsoffenen Samstagen vor Weihnachten jede Mehrarbeit verweigert hatten, war allerdings nicht völlig ergebnislos. Erreicht werden konnte eine Aufstockung des Sozialplans von ursprünglich vorgesehenen 9,5 Millionen auf 12 Millionen DM. Die Abfindungen liegen zwischen 35000 und 40000 DM.

Erreicht wurde weiter, daß bis zum Schließungstermin, dem 31. März, keine Kündigungen ausgesprochen werden, was bedeutet, daß die Beschäftigungsverhältnisse mindestens noch bis zum 31. Juni bestehen bleiben.

Die 24 Auszubildenden können ihre Lehre in einem anderen Kaufhaus des Unternehmens fortsetzen.

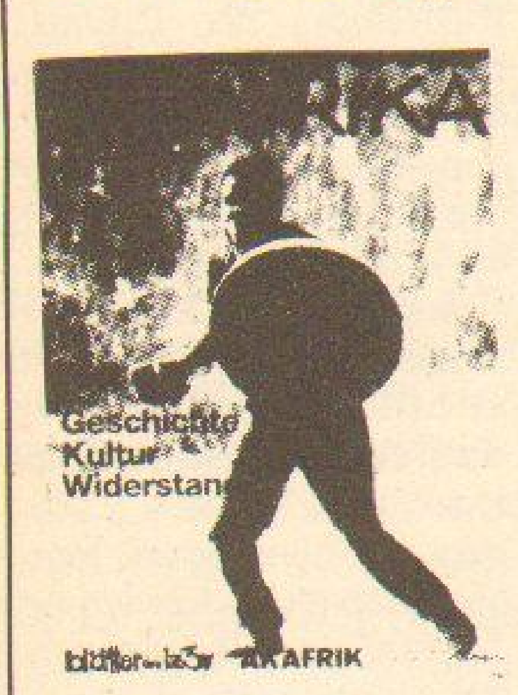
Gerade weil der Widerstand der Hertie-Belegschaft für den Einzelhandelsbereich ungewöhnlich entschlossen war, ist es wichtig festzustellen, daß er sich für die Kolleginnen und Kollegen durchaus gelohnt hat.

Andererseits kann der relativ gute Sozialplan nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade in Dortmund mit einer Arbeitslosigkeit von über 16 Prozent die Hertie-Verkäuferinnen, die im Schnitt zwischen 700 und 800 DM Arbeitslosengeld erhalten werden, es schwer haben werden, erneut Arbeit zu finden. Es ist so, wie die Betriebsratsvorsitzende Waltraud Rotert erklärte: „Ein Sozialplan, der zu Lasten der Arbeitsplätze geht, ist ein Schlechter Sozialplan".

Ebenfalls zum 31.12. will der Hertie-Vorstand die Filialen in Castrop-Rauxel und Wanne-Eickel schließen. In beiden Häusern arbeiten 418 Beschäftigte und 38 Auszubildende.

★★★★★★★★

Wichtige Neu-erscheinung



Eine lesenswerte, informative und in vielerlei Hinsicht hilfreiche Broschüre zum Kampf der Schwarzen in südlichen Afrika ist jetzt erschienen:

Südafrika Geschichte, Kultur, Widerstand ist der Titel des Heftes, das der Arbeitskreis Afrika-AKAFRIK, die AZANIA-Koordination für Projekte, Kultur und Bildung e.V. und das Informationszentrum 3. Welt (iz3w) herausgebracht haben. Auf 60 reich bebilderten Seiten (mit vielen Anzeigen für Bücher und Informationsmaterial) finden sich u.a. folgende Beiträge:

Zeit der Landnahme/ Rassismus mit System / Repression und Widerstand / Freiheitscarta contra Black Consiousness? / Gedanken zu einem gesellschaftlichen Anachronismus / „Die Bewegung wird von den Ghettos auf die Fabriken übergehen" / Der niedrigste Lohn ist noch zu hoch/ Und wenn Du dazu noch Frau bis / Struktur und Krise der südafrikanischen Wirtschaft / Schwarze Arbeiter im Kampf gegen Kapital und Rassismus / Fremde im eigenen Land / Krieg der Worte / Literaturliste, Filme Gruppenadressen.

Die Herausgeber schreiben in ihrem Vorwort: *„Mit dieser Broschüre richten wir uns an Dich, liebe Leserin, lieber Leser, nicht nur, damit Du Dich befriedigt in Deinen Sessel zurücklehnen kannst: „Aha, jetzt blick' ich also durch in Südafrika", sondern vor allem, um Dich anzuregen, Dich an Deinem Wohnort mit Leuten zusammenzusetzen und sinnvolle Aktionen zu richten gegen die, die von der Ausbeutung profitieren und an die, die vielleicht immer noch unbewußt an diesem Profit teilhaben."*

Die Broschüre — 60 Seiten, DIN A 4) kann man zum Preis von 3,— DM bestellen bei:

AZAKO — AZANIA-KOORDINATION — für Projekte, Kultur und Bildung e.V.
An den Mühlen 25
4400 Münster
Tel.: (0251) 521302

Libyen

US-Aggressionen

Mitte der vergangenen Woche verkündete Ronald Reagan einen totalen Boykott gegen Libyen. Nach den Hetztiraden aus Washington ist das nur ein erster Schritt weiterer schon angekündigter Aggressionen gegen das Land. Bislang mochten die westeuropäischen Staaten den USA noch nicht folgen, zu gut sind ihre Geschäfte mit Libyen.

Die US-amerikanische Regierung hat mit sofortiger Wirkung die Gewährung von Krediten und Darlehen an die libysche Regierung verboten. Vom 1. Februar an ist jeglicher Import libyscher Waren in die USA und jeglicher Export nach Libyen untersagt. Ebenfalls ab 1. Februar tritt ein Reiseverbot für US-Bürger nach Libyen in Kraft, Zuwiderhandelnde und US-Bürger, die nicht schnellstens aus Libyen heimkehren, müssen mit Strafen bis zu zehn Jahren Gefängnis rechnen. Nun ist der Handel der USA mit Libyen relativ klein, nicht zu vergleichen mit den Wirtschaftsbeziehungen Libyens mit Westeuropa. Und amerikanische Firmen beschäftigen in Libyen schon lange vor allem Arbeiter, die nicht US-Bürger sind.

Aber diese Maßnahmen sind von der US-Regierung nur als „ein erster Schritt" gedacht. In Washington wurde ein Sechs-Punkte-Plan bekannt, der dazu führen soll, Libyen und seine Regierung politisch, militärisch und wirtschaftlich zu isolieren. Wie die Zeitschrift „Newsweek" berichtete, geht es darum, den Weg für militärisches Handeln gegen Libyen freizumachen. Wahrscheinlich werde man, so „Newsweek" versuchen, Libyen zu einem Angriff auf Amerikaner „anzustacheln", um den USA damit die Gelegenheit zu einem militärischen Schlag zu verschaffen. Regierungskreise in Washington sind besorgt, daß die von ihnen selbst geschürte Empörung über Libyen und Ghaddafi abklingen könne, und dann der Weg für militärische Aktionen zumindest schwerer begehbar sei. Im Sechs-Punkte-Plan aus Washington ist unter anderem vorgesehen, innerhalb der libyschen Armee Ghaddafi-Gegener mit Geld zu unterstützen und jederzeit für ein militärisches Eingreifen vorbereitet zu sein.

Große Bemühungen unternimmt die US-Regierung, um die anderen westeuropäischen Staaten zur Unterstützung ihres Boykotts zu bewegen. Bislang noch relativ erfolglos. Die breit gefächerten Wirtschaftsbeziehungen, die Erdölabhängigkeit und nicht zuletzt die hohen Staatsbürgerschaften für Geschäfte mit Libyen halten die Bundesregierung bislang noch von einer Politik ab, wie sie Reagan fordert. Ende des Monats wird eine EG-Ministerrunde die Situation erörtern.

Zum Schluß: Bislang ist keiner, aber auch nicht der geringste der Vorwürfe gegen Libyen und seinen Staatschef Ghaddafi in irgendeiner Weise belegt worden!

Südafrika Januar 1986

Nachrichten aus Südafrika. Wie das letzte Jahr endete, beginnt das neue: trotz heftiger Unterdrückung, trotz Ausnahmezustand kämpfen die 25 Millionen Schwarzen weiter für ihre Rechte.

• Seit dem 1. Januar streiken die Bergarbeiter der südafrikanischen Platin-Mine Impala für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die weißen Bergbaubosse reagierten mit der **Entlassung von 20000 schwarzen Arbeitern!** Entlassung heißt in Südafrika, daß die Arbeiter mit ihrem Arbeitsplatz auch die Wohnungen und das Aufenthaltsrecht verlieren und in die sogenannten *Homelands* vertrieben werden. Aber bislang steht die Streikfront in der Impala-Mine, einer der größten der Welt noch. 3000 weitere Bergarbeiter haben sich dem Kampf angeschlossen. Nichts läuft mehr in der Mine. In der vergangenen Woche sollen schon fast 14000 streikende Bergarbeiter *„ohne Zwischenfälle abtransportiert"* worden sein. Gewerkschaftssprecher allerdings teilten mit, bei einem Angriff von *Sicherheitskräften* auf eine Versammlung von Streikenden seien 27 Bergarbeiter von Gummigeschossen getroffen worden, mit denen auf sie das Feuer eröffnet wurde.

• Monatelang wurden in Soweto und anderen um Johannesburg liegenden Schulen der Unterricht von schwarzen Schülern boykottiert. Die Schüler und die Eltern forderten Verbesserungen des Schulbetriebs, der Schülervertretungen, ein Ende der vielen Repressionen und die Freilassung verhafteter Schüler. Während in den Unterricht teilweise wieder aufgenommen wurde, geht der Boykott in den höheren Schulen fast hundertprozentig weiter.

• Grausige Daten aus dem Zentralgefängnis der südafrikanischen Hauptstadt Pretoria: Hier wurden im Jahre 1985 insgesamt 137 Menschen durch den Strang hingerichtet. 95 von ihnen waren Schwarze, 37 andere Farbige, fünf Weiße. Die Zahl liegt um 22 höher als 1984 und ist überhaupt die höchste seit 1975. In den elf Jahren seit '75 sind nach amtlichen Statistiken 1152 Menschen erhängt worden.

KP für Wahlboykott

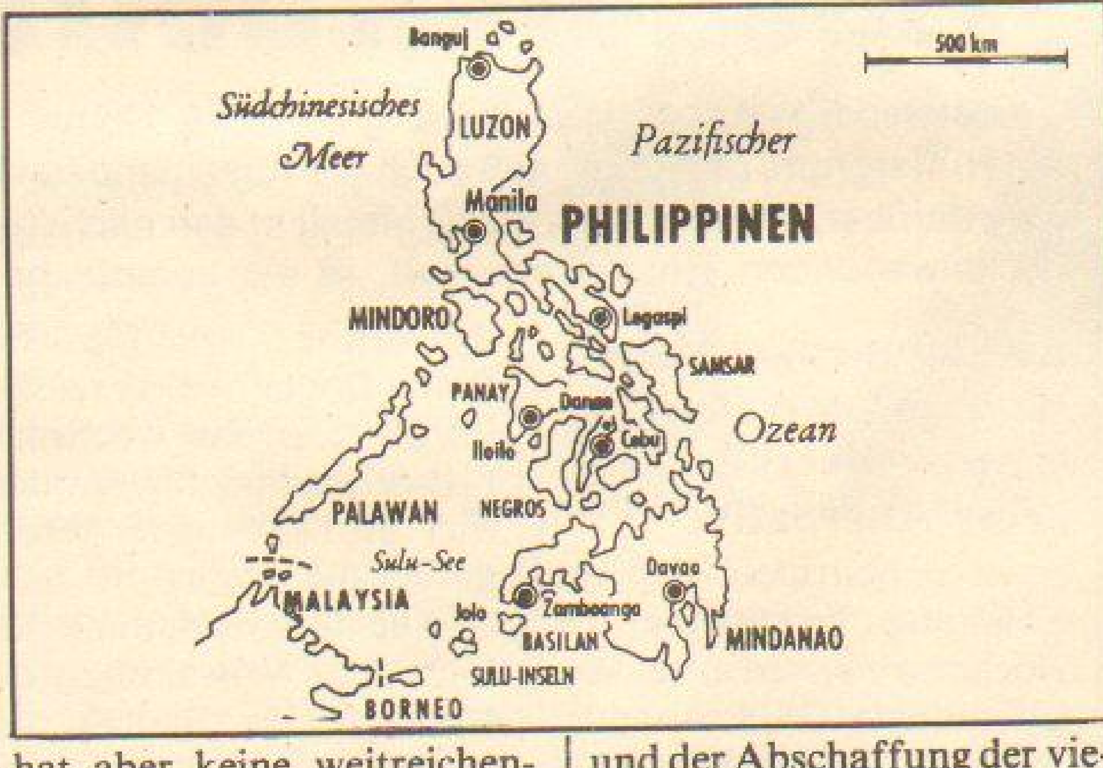
Wahlen auf den Philippinen

Am 7. Februar wird auf den Philippinen gewählt. Nach der Ermordung des bürgerlichen Oppositionspolitikers Beningo Aquino auf dem Flughafen von Manila am 21. August 1983 war das Land nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die anwachsende Opposition gegen das Marcos-Regime manifestierte sich in weiteren Siegen und Erfolgen der Neuen Volksarmee NPA, und der stärker werdenden bürgerlichen Opposition.

Auf Druck der USA vor allem, die die Philippinen für eine wichtigen Stützpunkt in Südostasien halten, mußte Marcos Neuwahlen ansetzen. Um diese „Normalisierung" durchzusetzen, eine „demokratische Legitimation" für sein Regime zu schaffen, wurden dem Regime von westlichen Staaten große Zugeständnisse gemacht. Massive Hilfen aus den USA, von der Weltbank, militärische Unterstützung und Entwicklungshilfe z.B. aus der BRD (Minister Warnke besuchte im Oktober '85 die philippinischen Inseln) wurden dem Regime zugesagt.

In Opposition gegen Marcos stehen neben den revolutionären Kräften, der KP des Landes und die von ihr geführte Neue Volksarmee, auch viele bürgerliche Kräfte. Monatelang war es darum gegangen, ob ein gemeinsamer Kandidat gegen Marcos gefunden werden könne. Die Dringlichkeit eines solchen Schrittes zeigte sich vor allem, als Anfang Dezember des vergangenen Jahres die philippinische Justiz das Militär, die Polizei und die Regierung von jeglicher Verwicklung in die Ermordung Aquinos freisprach.

Die bürgerliche Opposition, im Bündnis UNIDO (Vereinigte Nationalistisch-Demokratische Organisation) tritt zwar auch für einen Rücktritt von Marcos auf,



hat aber keine weitreichenden, die Strukturen des Regimes gefährdenden Forderungen und Absichten. Dagegen tritt die im Frühjahr geschaffene Neue Patriotische Allianz (BAYAN) für durchgreifende sozialpolitische und wirtschaftliche Umwälzungen ein mit der erklärten Absicht der „Beseitigung der US-Marcos-Diktatur".

Nachdem die bürgerliche Opposition zu Marcos sich auf die Witwe des ermordeten Beningo Aquino, Corazon Aquino als Kandidatin geeinigt hatte, stellte die Linke auf den Philippinen Fragen, von der sie eine Unterstützung abhängig machen wollte.

Corazan Aquino machte keine eindeutigen Ausführungen zu der Frage des weiteren Verbleibs der US-Militärs auf den US-Militärbasen, zu der Forderung nach einer wirksamen Landreform, zur Amnestie aller politischen Gefangenen, zur Frage der Auslandsschulden und der Abschaffung der vielen willkürlichen und diktatorischen Präsidentendekrete. So wurde deutlich, daß Corazan Aquino zwar eine Politik gegen den Präsidenten Marcos macht, aber nicht für eine substantiell andere Politik eintritt, vor allem nicht gegen die USA auftreten wird.

Die KP der Philippinen war die erste, die die Konsequenzen zog. Sie rief zum Wahlboykott auf und setzt weiterhin auf den bewaffneten Kampf der NPA, der große Unterstützung bei der vor allem ländlichen Bevölkerung hat, und der in allen Provinzen des Landes stärker wird und in einigen Gegenden regelrecht kontrollierte Gebiete geschaffen hat, wo die Marcos-Diktatur aus Manila kein Bein mehr auf den Boden bekommt.

Zur Lage auf den Philippinen vor den Wahlen am 7. Februar erscheint noch ein ausführlicher Artikel im RM.

PAC-Rundreise

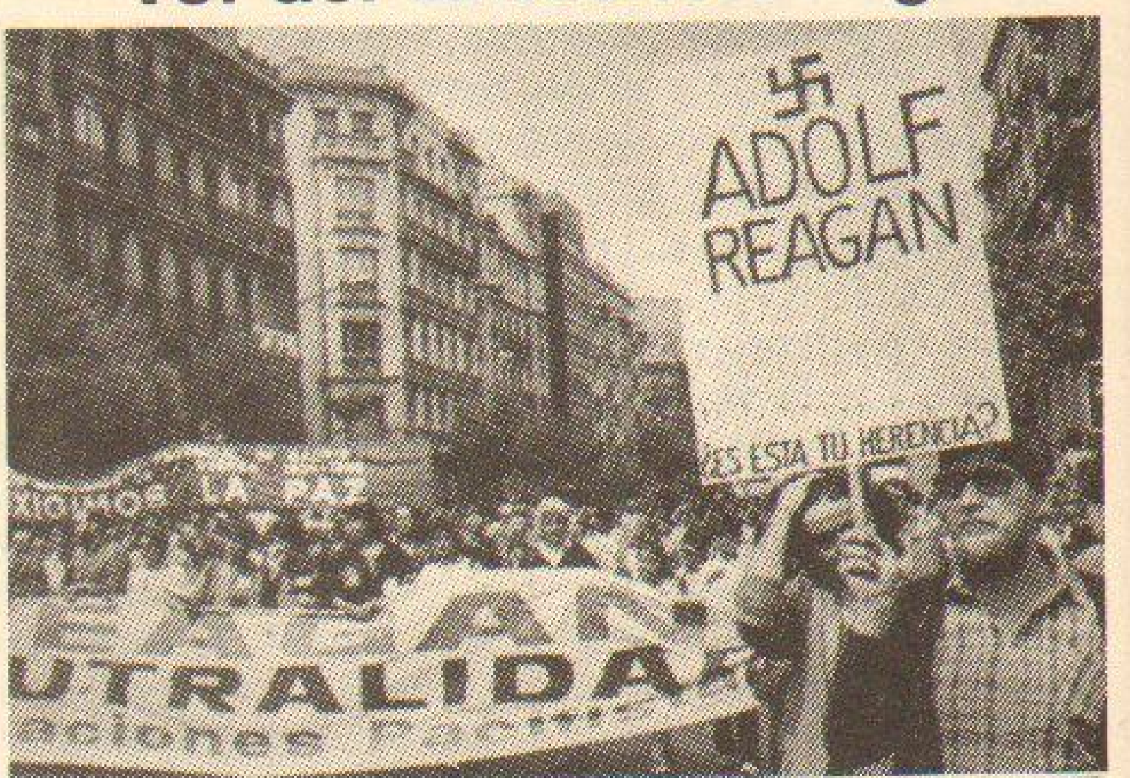
Vom 11. bis 15. Februar wird Johnson Mlambo, der Vorsitzende des Pan Africanist Congress (PAC), zu einer Informationsreise in die BRD kommen. Begleitet wird er vom UNO-Vertreter des PAC, Gora Ibrahim. Der PAC ist eine Organisation der azanischen Befreiungsbewegung, die auch von der UNO und der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) anerkannt wird.

Die Veranstaltungstermine mit Genossen Mlambo: Dienstag, **11. Februar** in **Hamburg**, Mittwoch, **12. Februar** in **Dortmund** im Kreuzsaal an der Kreuzkirche, Kreuzstraße 61, 19.00 Uhr, Freitag, **14. Februar** in **München**, Samstag, **15. Februar** in **Stuttgart**.

Für eine Spendensammlung für den PAC und zur Finanzierung der Rundreise ist ein Spendenkonto eingerichtet. **Spendenkonto: R. Lötzer, BfG Köln, Kto.-Nr. 2154424600 (BLZ) 37010111).**

Spanien/NATO

Vor der Entscheidung



In Spanien beginnt die heiße Phase des Kampfes um den NATO-Beitritt des Landes. Während die breite Anti-NATO-Bewegung voll für das Referendum im März mobilisiert, hat die Regierung eine Pro-NATO-Kampagne begonnen. Sie bereitet sich aber nicht nur Argumente für die Volksabstimmung vor, sondern schafft immer mehr Fakten, um die NATO-Mitgliedschaft zu sichern. In den ersten Tagen des Jahres war unter starken Sicherheitsvorkehrungen der NATO-Generalsekretär Carrington in Madrid Gast der Regierung. Sowohl Regierungschef Gonzales als auch der Verteidigungsminister Narcis Serra (der auch Vorsitzender der [west]-europäischen Kommission für Waffenprojekte ist) versicherten dem NATO-Chef, daß die Abstimmung im Sinne der NATO „positiv" ausfallen werde. Doch allein die Proteste gegen Carringtons Besuch, gegen die NATO und den „Heuchler Gonzales" zeigen, daß das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen ist.

Anträge an den 6. Parteitag

In dieser Ausgabe des „Roten Morgen" sind alle Anträge veröffentlicht, die bis zum Antragsschluß, dem 11.1.86 bei uns eingegangen sind. Weil die Vorbereitung für den Parteitag zeitlich sehr knapp ist, hat das ZK für Anträge von Landesmitglieder- bzw Delegiertenkonferenzen die Antragsfrist um eine Woche, bis zum 18.1.86, verlängert. Diese Anträge werden wir in der nächsten Ausgabe des RM veröffentlichen.

Zur Erinnerung: Die Thesen des ZK bzw seiner Abteilungen, die dem Parteitag ebenfalls zur Beschlußfassung vorliegen, waren in den beiden letzten Ausgaben des Jahres 1985 im „Roten Morgen" veröffentlicht.

1

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Geschäftsordnung für den 6. Parteitag der KPD

Der 6. Parteitag möge sich folgende Geschäftsordnung geben:

1. Das Präsidium leitet den Parteitag. Es wird vom Parteitag bestimmt. Das Präsidium führt die Rednerliste.
2. Es wird ein Beschlußprotokoll erstellt. Die Protokollanten werden vom Parteitag bestimmt.
3. Ebenso die Mandatsprüfungskommission und die Antragskommission.
4. Wortmeldungen erfolgen durch Handaufheben, die Worterteilung in der Reihenfolge der Meldungen.
5. Redezeitbeschränkung kann bei Bedarf vom Parteitag beschlossen werden.
6. Anträge auf Schluß der Diskussion oder Schluß der Rednerliste können nur von Delegierten gestellt werden, die sich an der jeweiligen Diskussion nicht beteiligt haben.
7. Initiativanträge von Delegierten sind schriftlich abzugeben und müssen von 15 Delegierten unterstützt werden. Initiativanträge können nur zu Sachverhalten gestellt werden, die zur TO gehören und sich erst nach Ablauf der Antragsfrist ergeben haben.
8. Abänderungsanträge beziehen sich auf die dem Parteitag vorliegenden Anträge. Sie müssen schriftlich dem Präsidium eingereicht werden. Der Abänderungsantrag wird den Delegierten vorgetragen und zuerst über diesen entschieden. Danach wird über den Gesamtantrag abgestimmt.
9. Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn 2/3 der Delegierten anwesend sind. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

Wird das vom Präsidium festgestellte Abstimmungsergebnis bezweifelt, so ist die Abstimmung zu wiederholen. Dabei sind die Stimmen abzuzählen.

Die Abstimmung erfolgt durch Handaufheben.

2 Genossen des ZK

2

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Teil I der Thesen des ZK

Hiermit beantrage ich, Teil I der Thesen des ZK (allgemeinpolitische Orientierung) als ungeeignet für die Weiterentwicklung der Partei zurückzuweisen.

Begründung:

1. Die vorliegenden Thesen verlieren in ihrer Stoßrichtung „Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung" und „für die Mobilisierung der Arbeiterklasse" die grundsätzliche Aufgabe der Kommunisten, die Herstellung einer antikapitalistischen Einheitsfront innerhalb der großen Mehrheit der „abhängig Beschäftigten" aus dem Auge. Es wird zwar an 1. Stelle von der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse und Gewerkschaftsbewegung" geredet, ausgeführt wird sie jedoch im wesentlichen nur für den Bereich der Gewerkschaftspolitik; die anderen Felder des Klassenkampfes werden in einem Nebensatz aufgezählt. Hierdurch entsteht der Eindruck, diesen Politikfeldern komme eine eigenständige, mobilisierende und einheitsfrontbildende Rolle nicht zu; in ihrer Wertigkeit hätten sie sich zuarbeitend dem Betriebs- und Gewerkschaftskampf zuzuordnen.

Welch simple Vorstellung von Klassenkampf dem zugrunde liegt, enthüllen die Autoren selbst sehr deutlich auf S. 5, letzte Spalte, 2. Absatz, ab „ausschlaggebend". Bei der hier beschworenen „Sogwirkung" des kämpfenden Industrieproletariats auf die übrigen Teile der Arbeiterklasse scheint es sich mir mehr um einen Wunschtraum der Autoren zu handeln als um belegbare und nachprüfbare Schlußfolgerungen aus unserer gesellschaftlichen Realität.

Tatsächlich haben wir es doch mit einer in sich stark gegliederten (hier Leiharbeiter, Teilzeitarbeitskräfte, Arbeitslose, etc., da gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiter etc.), an ihren Polen politisch und ideologisch spontan eher auseinanderdriftenden Arbeiterklasse zu tun, die in sich außerdem noch ideologisch so unterschiedlich geprägte Bewegungen wie Frauen-, Friedens-, Ökologiebewegung etc. birgt. Für mich gehorchen die einzelnen Gruppen und Schichten in den Reihen der "abhängig Beschäftigten" für sich durchaus eigenen Entwicklungsgesetzen und auch ihre Bewußtseinsbildung verläuft unterschiedlich. Von daher erscheint es mir logisch, daß wir als Kommunisten nicht auf die „Schubkraft" eines Teils des Proletariats vertrauen dürfen, sondern uns bemühen müssen, die Gesetzmäßigkeiten zu verstehen, an den verschiedenen Kampffronten das Bewußtsein der im Kampf stehenden Menschen zu heben und die Kämpfe im Sinne der Einheitsfrontbildung perspektivisch auf die Revolution hin zusammenzuführen. Daß es hierbei immer gegen die jeweilige Regierung und im Fall einer offen reaktionären auch immer um ihren Sturz gehen muß, ist dabei klar.

Eine bereits im Programmentwurf sichtbar gewordene Schwäche unserer Partei, das Unvermögen, die verschiedenen Politikbereiche zu einem strategischen Konzept zusammenzufügen, wird in diesen Thesen peinlich offenbar. Ohne die grundlegenden politisch-ideologischen Entwicklungslinien unserer Gesellschaft verstehen zu wollen, wird das Heil in der Propagierung des Sturzes der Wenderegierung im Schlepptau des gewerkschaftlichen Kampfes gesucht. Einer solchen Orientierung kann man den Vorwurf des engen Pragmatismus und Trade-Unionismus nicht ersparen.

2. Im Abschnitt 3 „Für die Einheit der revol. Sozialisten" wird ein Parteiverständnis deutlich, das an den Realitäten vorbeigeht. Die tiefgehenden parteiinternen Identitätsprobleme, die die Abwendung von einem autoritären Staatssozialismus und die Hinwendung zur Traditionslinie eines revolutionären Selbstverwaltungssozialismus notwendig mit sich gebracht haben, werden mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen mit der GIM elegant überspielt. Problembewußtsein oder gar Überlegungen, wie eine Stabilisierung der Partei auf den neuen Grundlagen erreicht werden könnte, was ja die Voraussetzung für ein prinzipienfestes Zusammengehen mit der GIM ist, sucht man vergebens.

Es fällt schwer zu glauben, daß das vorliegende Material alles ist, was das ZK der Partei derzeit an „allgemeinpolitischer Orientierung" zu bieten hat.

3. Zum Schluß noch eine methodologische Anmerkung: Jeder politischen Orientierung liegt eine, wenn auch noch so vereinfachte, Klassenanalyse zugrunde, so auch dieser. Auf S. 5, letzte Spalte, 2. Abschnitt wird die Arbeiterbewegung auf Kräfte, die „den Kampf für die Verteidigung des Streikrechts" und die „Durchsetzung der 35-Stunden-Woche" führen, also im Groben auf die Gewerkschaftsbewegung reduziert. Daneben kennen die Autoren noch „schwankende Teile der Arbeiter- und Angestelltenschaft" und „Mittelschichten". Aus einer solchen Einteilung leitet sich freilich ganz zwanglos das absolute Primat der Gewerkschaftsbewegung und ihrer politischen Ziele ab. Es ist folglich kein Beinbruch, wenn die Partei des Proletariats diese zurückgebliebenen Schichten in ihre politisch-strategischen Überlegungen nicht weiter einbezieht, da sie, weil schwankend, ohnehin aus sich heraus kein wirkliches Klassenbewußtsein entwickeln können, ja ihnen „das Vertrauen in die Alternative zur Politik der Reaktion" von der „Arbeiterbewegung", die die Autoren meinen, erst vermittelt werden muß.

Es muß verwundern, wenn einerseits der Sonderparteitag die Erstellung einer Klassenanalyse so wichtig nimmt, daß er eigens eine Arbeitsgruppe zu diesem Zweck installiert und andererseits in den vorliegenden Thesen durch die Einführung einer schlechten Karikatur einer Klassenanalyse politische Fakten geschaffen werden sollen. Ich schließe aus all dem den Schluß, daß entweder die Arbeitsgruppe überflüssig ist oder aber wir uns um eine vorläufige Einschätzung der Arbeiterklasse als Grundlage unserer politischen Orientierung heftig werden streiten müssen.

Joachim, Bremen

3

Antrag an den 6. parteitag der KPD
Betrifft: Untersuchung des Konservatismus

Die KPD vertritt eine Einschätzung der „Wende", die mit einer grundlegenden Definition der politischen Reaktion zusammenhängt, einer Definition, die grob umrissen sagt, Reaktion ist, wer sich in offene Konfrontation zur bestehenden Arbeiterbewegung, d.h. vor allem Gewerkschaftsbewegung begibt. Diese Einschätzung wird vom Antragsteller vollauf geteilt. In den verschiedenen Versuchen, beispielsweise im RM, eine Bilanz der bisherigen Entwicklung zu ziehen, wurde diese Einschätzung einerseits im wesentlichen bestätigt, andererseits wurde aber auch deutlich, daß einige Entwicklungen keineswegs so schroff verliefen, wie ursprünglich angenommen. Dies hat, neben anderem, auch damit zu tun, wie sich die Konservativen, im wesentlichen also die Unionsparteien, heute darstellen. Sowohl um das genauer zu erfassen als auch um die Parteimitgliedschaft besser für politische Auseinandersetzung zu rüsten, erscheint es sinnvoll, sich genauer mit dem heutigen Konservatismus zu befassen.

Begründung:

Konservative Parteien regieren heute in einer ganzen Reihe westlich-kapitalistischer Industriestaaten (neben der BRD in USA, Großbritannien, Japan, aber auch Belgien, Dänemark usw., mit in Italien, bald wohl in Frankreich usw). Die Politik, die sie betreiben, hat dieselben Grundzüge. Die Parteien, die sie betreiben, sind aber in einer ganzen Reihe von Ländern anders, als sie es vielleicht in den 60er Jahren noch waren. Die CDU ist von einer „Honoratioren-" zu einer Massenpartei geworden, die Reaganisten haben die republikanische Partei der USA weitgehend umgekrempelt, die Thatcher-Linie setzte sich erst im Laufe der 70er Jahre durch usw. Der Konservatismus als Ideologie und Programm ist längst nicht mehr nur Beharrung, sondern hat durchaus Züge einer Mobilisierungsideologie angenommen, wie es sich beispielsweise in der Frage neuer Technologien deutlich zeigt.

4

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Partei-Emblem

Der Parteitag möge beschließen,

daß das bis jetzt noch offizielle Partei-Emblem: Hammer, Sichel und Gewehr auf Spartakusstern für ungültig erklärt wird. Bis auf weiteres genügt für offizielle Anlässe eine einfache rote Fahne.

Begründung:

Dieses Emblem findet in den derzeitigen Publikationen und beim öffentlichen Auftreten der Partei kaum, bzw. keine Verwendung mehr. Es stammt aus einer Vergangenheit, die wir abgeschlossen haben. Es spiegelt nicht die Art der Partei und das Selbstverständnis wider, welche wir auf dem derzeitigen Diskussionsstand für nötig halten. Abgesehen davon, daß das Emblem theoretisch falsch ist — die Verhältnisse in der BRD und Westberlin lassen nicht an die Frage eines Arbeiter- und Bauernbündnisses denken; hier wird die Klassenanalyse andere Auswertungen bringen. Weiter steht das Gewehr in unlogischem Verhältnis zu Hammer und Sichel. Die Frage von Strategie und Taktik einer revolutionären Umwälzung bei uns läßt sich nicht mit einer Schrotflinte symbolisieren.

Zelle Karlsruhe

5

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Pressearbeit der Partei (RM)

1. Der RM erscheint ab jetzt monatlich.
2. Sein Charakter: die Standpunkte und Diskussionsergebnisse der KPD zu den aktuellen Ereignissen des Klassenkampfes darzustellen.
3. Der Herausgeber ist das ZK der KPD.
4. Um ein gutes und die Meinung der Parteimitglieder einbeziehendes Magazin zu schaffen, ist eine breite Redaktion (im Sinne fester Mitarbeiter) unumgänglich. Diese Redaktion sollte auf zwei Standbeinen stehen:
   - horizontal — neben den Freigestellten feste Mitarbeiter aus möglichst vielen Orten, wo die Partei arbeitet
   - vertikal — aus den Arbeitsgruppen (theoretischer, politischer Art — die auf dem Parteitag zu beschließen sind.
5. Der RM muß kostendeckend verkauft werden.
6. Das TO „Kommunistische Hefte" wird eingestellt.
7. Über die praktische Umsetzungsmöglichkeit dieses Konzeptes sollte der Parteitag diskutieren.

Begründung: (erfolgt jeweils für die einzelnen Punkte):

1. Die Umstellung ist unumgänglich. Für mich ist in

der aktuellen Diskussion „monatlich — 14tägig" (neben allen schon vorgetragenen Argumenten) der entscheidende Punkt: Versteht es die Partei, ihre Diskussion — und unter Diskussion verstehe ich nicht als Regelfall „Papiere von oben" — Stellungnahmen von unten — wirklich zielgerichtet zu führen? Das heißt: möglichst viele, möglichst diszipliniert, möglichst mit der Verpflichtung, das Ergebnis nach außen zu tragen. Die Genossinnen und Genossen, die für eine 14tägige Herausgabe des RM sind, müssen sich doch folgende Fragen stellen lassen: Wie ist die Zerrissenheit der Diskussion in der Partei zu überwinden? Wie ist zu überwinden, daß die Hauptlast der „meinungsbildenden" Arbeit der Partei von so wenigen Genossen getragen wird? Und wie lassen sich die tatsächlich vorhandenen „Ressourcen" in der Partei, nämlich Genossinnen und Genossen, die Lust und Fähigkeit zu solch einer Arbeit haben, beim derzeitigen Stand optimal nutzen? Sicherlich, es gibt von der Wirkung nach außen bestimmt gute Gründe für ein kürzeres Erscheinungsintervall. Ich möchte weder eine nutzlose Diskussion, ob wir jetzt 10 Jahre was Falsches gemacht haben, noch möchte ich mir den Blick verstellen für die Erfahrungen anderer revolutionärer Organisationen, die zu anderen Schlußfolgerungen kommen. Aber für unsere derzeitige konkrete Situation gibt es keine Alternative zum monatlichen „Roten Morgen": er stellt die beste Möglichkeit dar, nach außen **wie** nach innen Schwächen zu überwinden.

2. Es ist wohl schwierig, eine Sache zu charakterisieren, die erst entstehen soll und die sich in diesem Prozeß auch notwendigerweise verändern wird. Was vorliegt, sind unsere Erfahrungen mit dem wöchentlichen RM. Hieraus haben wir — so empfinde ich es jedenfalls — ziemlich einhellig den Schluß gezogen, daß wir nun keine „verbesserten" oder abgeschriebenen „Spiegel", „Stern" oder TAZ-Artikel mehr wollen. Der Gegensatz — der nicht immer so besteht, aber eben heute — zwischen raschem, aktuellem Aufgreifen und fundierter, gründlicher Aufarbeitung ist zugunsten des letzeren entschieden.

Die zweite Kontroverse, die sich da auftut — ich weiß aber nicht, ob auch innerhalb der Partei — ist „Arbeiterstandpunkt" contra „intellektuelles Diskussionsorgan" (oder wie immer man das benennen kann). Ich finde, über das Erscheinungsintervall lassen sich nur sehr begrenzte Rückschlüsse auf die Kampfmoral und Motivationen der Mitglieder führen. Rückschlüsse kann ich aber ziehen, wenn ich sehe, wie viele Mitglieder sich an einer solchen Zeitung beteiligen und für sie einstehen. Dazu muß sie aber auch gut sein.

3. Dies nur zur Klarstellung. Betrifft nicht so sehr die politische Verantwortung — die natürlich auch — als das Erscheinungsbild des RM (vielleicht mal zur Verdeutlichung: der „Arbeiterkampf" als Gegenbeispiel): daß hier der politische Standpunkt der KPD nach außen getragen werden soll.

4. Die Umstellung der Redaktionsarbeit ist gegenwärtig die brisanteste und wichtigste Sache, die wir anpacken müssen. Sicher, es gibt Genossen, die sich daran beteiligen werden. Andererseits schleppen wir doch ziemlich am Ballast der Vergangenheit: eine derartige Konzentrierung, Personalisierung der theoretischen wie entscheidenden politischen Arbeit ist eingetreten, parallel dazu eine derartige Disziplinlosigkeit, Nebensächlichkeit, was die Belange der Partei angeht, daß das schon ein ziemlicher Schritt wäre. Angesichts dieser Tatsache halte ich es nicht damit getan, daß man nun Aufbruchstimmung verbreitet oder einfach zur Tagesordnung übergeht. Vielmehr finde ich, sollte man sich darum bemühen:

- einen Konsens unter den Mitgliedern herzustellen, daß das so ist und daß das schlecht ist.
- Beschlüsse fassen und diese auch kontrollieren, also auch mal wieder jemanden in den Hintern treten, wenn er schlampig ist.
- Sich einigermaßen Gedanken machen, wie man das konkret umsetzen kann.

5. Ohne Begründung

6. Das hängt natürlich mit der finanziellen Situation der Partei ab. Wenn wir den RM aber so planen, wenn wir zudem die „Gemeinsame Beilage" als zweites Veröffentlichungsorgan haben, so scheint ein eigenständiges TO doch überflüssig, weil alles dort untergebracht werden kann. Und wenn jemand ein Buch geschrieben hat, dann findet er vielleicht auch einen Verleger.

7. Schließt das Obengesagte zum Konzept der Redaktion an. Ich verstehe das als einen Appell an die Delegierten des Parteitages wie auch gegebenenfalls die Konkretisierung der Tagesordnung. Ich findes es sehr wichtig, auf diesem Parteitag zu positiven Beschlüssen zu kommen, positiv meint aber auch, Zeit dranzuhängen, sie auf ihre Realisierbarkeit zu diskutieren. Also, liebe Delegierte: Da, wo wir was konkret ändern und verbesern wollen, sollten wir uns drauf konzentrieren! Im Zweifelsfalle: Gegen Systematik, für gute Beschlüsse!

Landesmitgliederversammlung Baden/Württemberg

6

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Pressearbeit der Partei

Der Parteitag beauftragt das ZK, umgehend Gespräche mit der GIM zwecks gemeinsamer Herausgabe einer kommunistischen Wochenzeitung aufzunehmen, die zunächst in mindestens 14tägigem Abstand erscheinen soll.

Begründung:

1. Ein politisches Magazin vermag eine kommunistische Zeitung nicht zu ersetzen.

2. Der Verzicht auf eine Zeitung mit aktuellen Meldungen, Kommentaren, Leserbriefen etc. bringt uns weg von dem, was wir werden wollen, eine Organisation mit einem gewissen Masseneinfluß und verstärkt die zirkelmäßigen Züge unserer Organisation.

3. Der RM ist bei allen Mängeln ein wichtiger Motor des politischen Lebens unserer Organisation und darüber hinaus. Ein Verzicht würde sich negativ auf die großenteils durch ihn angestoßenen Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse auswirken.

4. Es ist allerdings notwendig, daß wir uns überzogene Erwartungen auf die inhaltliche und politische Geschlossenheit unserer Zeitung abschminken. Zum einen kann man auch von einem kommunistischen Redakteur nicht verlangen, daß er in Auswahl und Kommentierung stets und immer auf dem Niveau des klügsten und fortgeschrittensten Spezialisten unter den Parteigenossen ist, und zum anderen werden wir in Zukunft nie mehr ein Zentralorgan haben, das für alle in allen Fragen hinreichende und verbindliche Meinungen und Sprachregelungen ausgibt. Das ist auch gar nicht wünschenswert. Aber unter diesem Gesichtspunkt relativieren sich manche „Mängelrügen" am RM; vielen Kritikern merkt man den Wunsch nach dem „päpstlichen Wort" noch sehr deutlich an ...

5. Das Votum des Sonderparteitags ermöglicht auf allen Politikfeldern ein engeres Zusammenarbeiten mit den Genossen der GIM. Dies gilt auch für den Bereich der Publizistik, auf dem es ja bisher nur bescheidene Anfänge einer gemeinsamen Praxis gibt, die ohnehin ausgebaut werden sollten. Wir sind in der glücklichen Lage, daß beide Organisationen in Erfüllung ihrer jeweiligen Parteitagsvoten in der Lage sind, ihre Schwierigkeiten bei der Herausgabe ihres Organs durch ein gemeinsames Projekt zu überwinden. Diese Chance sollten wir energisch nutzen!

6. Eine gemeinsame Zeitung hat für die Mitglieder beider Organisationen für das gegenseitige Kennenlernen enorme Vorteile. Notwendige Klärungsprozesse, im Guten wie im Bösen, werden beschleunigt.

Joachim, Bremen

7

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Pressearbeit der Partei, (Massenzeitung)

1. Es wird von der Partei eine monatliche, kostenlose Massenzeitung herausgegeben.

2. „Massenzeitung" — das bedeutet das aufzugreifen, was massenhaft diskutiert wird. Also im Regelfall, das von den Massenmedien (insbesonders Bild und Fernsehen) erzeugte Diskussionsniveau. Danach haben wir uns zu richten.

3. „Massenzeitung" bedeutet in der Verbreitung eine den Kräften der Partei angemessene Auflage. Dazu sollen die entsprechenden Parteigremien auf Ortsebene die entsprechenden Beschlüsse fassen. Die Finanzierung sollte zentral erfolgen, gegebenenfalls durch Umschichtung der Beiträge zugunsten der Zentrale.

4. Die politische Schwerpunktsetzung erfolg durch das Politbüro, die Redaktion ist in Dortmund zu zentralisieren.

Begründung:

Politisch ein ziemlich neuer Schritt, entspricht aber unseren Erfahrungen. Einmal BLIND und Streikzeitung, die gut ankamen, andererseits das wenige kontinuierliche Auftreten der Partei. So entsteht immer der Eindruck: wir springen auf den fahrenden Zug auf. So wichtig es auch ist, bei größeren Auseinandersetzungen Flagge zu zeigen und sich nicht zu scheuen, mit anderen Kräften in einem Boot zu sitzen, so ungenügend ist dieser Eindruck — wenn es der einzige ist. Konzepte von Betriebszeitungen und zentralen Branchenzeitungen — zumindest in unserem Raum — haben sich alle zerschlagen.

Gegenstimmen dazu habe ich bisher noch nicht gehört. Also braucht man auch nicht länger zu begründen, sondern kann sich mehr Gedanken zur praktischen Umsetzung machen. Das Schwierigste, finde ich, ein oder zwei Redakteure zu finden, die sich eine solche Arbeit zutrauen. Darüber sollte man auf dem Parteitag auch personell sprechen. Gibt's die? Aber die beste Zeitung nützt auch nichts, wenn sie nicht gut verbreitet wird. Ich finde es auf keinen Fall für ausreichend, wenn die Zeitung zur Verfügung gestellt wird und dann den Ortsgruppen mitgeteilt, ihr könnt das bestellen. Wenn wir das auf dem Parteitag beschließen, sollten wir uns darüber schon Gedanken machen. Ich könnte mich schon mit dem Gedanken anfreunden, daß ich sicher weiß, an diesen 15 Betrieben (beispielsweise) in der BRD wird die Zeitung verteilt. Dies soll ja keine Zeitung für die vielen gewerkschaftlichen und sonstigen Aktivistenkreise sein. Die Erfahrung zeigt, daß beispielsweise die Blind-Zeitung unter den Linken ein überwiegend(?) positives Echo hatte, weil sie untern den Kollegen gut ankam — und nicht etwa bei ihnen. Ebenso ist es ein Problem — wenigstens bei uns — daß die Zeitungen — „zwangs" oder „eben so" bestellt irgendwo verschimmeln.

Deswegen: örtlich überlegte Entscheidungen, die vor allen Dingen auch die Kontinuität sichern und nicht nur das sporadische Verteilen. Das Problem der Finanzierung ist deswegen angesprochen, weil die Verteilung der Zeitung nicht von den Finanzen am Ort abhängen soll. Oder besser ausgedrückt: ich will eine Entscheidung der Partei über diese Zeitung. Arbeitsteilig wird dann Erstellung und Vertrieb angepackt. Also zentral erstellt, örtlich verteilt. Einheitlich wiederum sollte die ganze Partei Anteil nehmen und wissen, wo diese Zeitung vertrieben wird. Dies wäre im übrigen auch für die Redaktion interessant.

Landesmitgliederversammlung Baden/Württemberg

8

Antrag an den 6. Parteitag:
Betrifft: Pressearbeit der Partei

Die Partei soll in Zukunft eine regelmäßige Publikation in 14tägiger Erscheinungsweise herausbringen.

Dies soll eine Publikation in Richtung Zeitschrift sein, also nicht 14tägiger RM!

Die Seitenzahl soll den Kapazitäten angepaßt sein, wobei ich meine, daß etwa 28 Seiten, bei großzügigem Lay-out, möglich sein müßten.

Begründung:

Als eine Alternative steht das monatliche Magazin.

1. Ein solches Magazin bedeutet, sich von einem vorhandenen (und sicher auch potentiellen) Leserkreis zu verabschieden. Vom Umfang und von der Verdaulichkeit her ist ein Magazin auf Leute mit viel Lesegewohnheit, Lesefreudigkeit und mit ausgeprägtem politischen Interesse zugeschnitten.

2. Ein 14tägiges Heft (zwangsläufig dünner und weniger befrachtet mit politischem Schwergut) ist leichter zu lesen.

3. Ein monatliches Magazin wird leicht ein Laber-Magazin, in dem die Qualität durch Quantität ersetzt wird. Es besteht keine Verpflichtung mehr zu einer gewissen Aktualität und Widerspiegelung lebendigen Kampfes. Zu vielen eigentlich wichtigen Vorfällen und Entwicklungen kann man nach 4 Wochen auch oft nichts mehr aufwärmen.

4. Im 14tägigen Heft können doch noch aktuelle Themen verarbeitet werden — ohne den Zwang zur Aktualität wie eine Wochenzeitung zu haben.

5. Als informatives Bindeglied zu den Mitgliedern, aber auch dem näheren Umkreis, fällt ein Magazin ziemlich weg, da politische und organisatorische Mitteilungen zu Aktionen, Terminkalender usw. erfahrungsgemäß kürzere Zeiträume erfordern.

6. Vieles, was in Hotschis Konzeption für das monatliche Magazin enthalten ist, läßt sich auch in einer 14tägigen Zeitschrift verwirklichen (Trennung Nachrichten — Kommentar, Hintergrundartikel usw.). Bestimmte Themen, Analysen usw. können ja durchaus in größeren Abständen als 14 Tage geplant und vorbereitet werden.

7. Ein monatliches Magazin stellt, wenn es ein wirklich gutes Magazin werden soll, Anforderungen an die Redaktion, die m. E. unterschätzt werden.

8. Zeitschrift statt Zeitung deshalb, weil sie flexibler, ansprechender und aufmunternder gestaltet werden kann. Ein Artikel, der über 4 oder 5 A4-Seiten geht (mit entsprechendem Lay-out) reizt mehr zum Lesen als eine volle A2-Seite. Bei Bedarf können Dokumentations-Teile, offizielle Partei-Verlautbarungen u. ä. als Sonderteil eingefügt werden.

9. Der Notanker-Gedanke, bei monatlicher Erscheinungsweise käme es auf den Tag des Erscheinens nicht so genau an, könne statt am 1. auch mal am 4. oder 6. oder 10. des Monats erscheinen, ist der Anfang vom Ende. Die Erfahrungen haben wir ja mit dem „Volksecho" zur Genüge gemacht. (Abgesehen davon bekommt ihr unregelmäßig gar keinen Drucktermin, ätsch!)

10. Zur personellen und finanziellen Entlastung soll das Projekt der Massen-Flugblatt-Zeitung gestrichen werden (siehe Antrag).

Dies ist nur eine Auswahl von Für und Wider, bei Bedarf kann noch mehr gebracht werden.

Angelica, Dortmund

9

Antrag an den 6. Parteitag:
Betrifft: Pressearbeit der Partei

Der Plan einer regelmäßig erscheinenden Massen-Flugblatt-Zeitung soll aufgegeben werden.

Begründung:

1. Allgemeine AP, die in die Betriebe und Einkaufszonen geschmissen wird, bringt nichts, außer einen Schritt zurück.

2. Dadurch, daß die Zeitung gedruckt ist, ist sie noch lange nicht verteilt. Zu befürchten ist, daß sich viele Exemplare in OGs und Zellen stapeln werden, weil das regelmäßige Verteilen allgemeiner zentraler Schriften nicht den Bedürfnissen und Vorstellugnen von Politikmachen entspricht.

3. Ich bin gegen die Trennung: anpsruchsvolles Magazin für die politisch Versierten — kommunistische BILD-Zeitung fürs Volk. Was nicht gegen eine gelegentliche BLIND-Zeitung zum Schmunzeln spricht.

4. Vertut euch nicht, daß es so einfach möglich sein würde, alle vier Wochen auf Teufel komm raus eine Massenzeitung zu machen.

5. Ich bin sehr für mehr schriftliche Äußerungen der Partei, aber dann aktuelle Sachen, die die Aktivitäten der Partei am Ort widerspiegeln und von den Genossen selbst gemacht werden. Und da, wo keine Aktivitäten der Partei stattfinden, nützt doch auch der Zwang zum monatlichen Verteilen einer aus Dortmund zugeschickten Zeitung nicht.

6. Besser ist es, wie bisher, zu aktuellen Anlässen zentrale Flugblätter, BLIND usw. herauszugeben. Die sind an vielen Orten eher gefragt, müßten aber sicher aus personellen und finanziellen Gründen ganz wegfallen, wenn das Konzept Magazin — Massenzeitung realisiert würde.

Angelica, Dortmund

10

Antrag an den 6. Parteitag der KPD
Betrifft: Pressearbeit der Partei
Wiederherausgabe der RM-Sonderdrucke

Unabhängig davon, wie die Partei entscheidet in bezug auf die Frage „14-Tage-RM oder Magazin" bleibt festzuhalten, daß auf jeden Fall künftig kein TO mehr erscheinen wird, daß andererseits auch kaum Geld für aufwendigere Broschüren usw. da sein wird.

Als Möglichkeit, dennoch politische Auffassungen der KPD zu aktuellen Fragen in ausführlicherer Form veröffentlichen zu können, wäre die Wiederherausgabe der RM-Sonderdrucke (mit Zusammenfassungen von Artikelserien vor allem) ein gangbarer Weg. Dies könnte auch durchaus regelmäßig geschehen.

Begründung:

Natürlich geht dieser Antrag von einer Parteiarbeit aus, in der auch die Propaganda eine wesentliche Rolle spielt. Dabei könnten solche RM-Sonderdrucke, durchaus teilweise anders als früher, unter Umständen eine ähnliche Rolle spielen wie die Reihe „Durchblick" bei der DKP — also eben Stellungnahmen zu aktuellen Fragen über den Tag hinaus zu verbreiten, die Leserschaft mit Argumenten zu versorgen, mehr Hintergründe aufzuzeigen. Beides braucht die Partei — heute mehr denn je — und dies wäre noch der Weg des geringsten Aufwandes.

MV Dortmund

11

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: ...

Es wird ein Fragebogen an alle Parteimitglieder gegeben. Darin sollen die politischen Arbeitsbereiche konkret abgefragt werden. Weiter das Interesse zur Mitarbeit an örtlichen/überörtlichen Arbeitsgruppen der Partei. Und Vorschläge, Anregungen zur inhaltlichen Arbeit der Partei.

Begründung:

Nicht nur seitdem wir so klein geworden sind — jetzt aber mit deutlicher Schärfe — stellt sich doch die Frage, wo wir eigentlich präsent sind, was wir eigentlich konkret für eine Kraft sind — und was wir uns eigentlich vornehmen können.

Dazu einige Beispiele:

- Wenn wir diskutieren, ob wir zur Tarifrunde den Eisenmann oder Jansen-Vorschlag unterstützen, dann ist es doch ganz sinnvoll zu wissen, wo wir da auch praktisch können. Und es spielt doch eine Rolle, ob 15 oder 75 Metallarbeiter bundesweit eine Sache anpacken. Wobei Metaller nicht gleich Metaller ist. Der eine wird die Sache in seiner Abteilung anpacken können, der andere eine Resolution in der Vertreterversammlung einbrin[illegible] können.
- Ob etwa so nebenher in der BRD so an die 50 Genossinnen und Genossen Elternbeiratsarbeit machen, nach der noch nie ein Hahn, geschweige denn die Partei, gekräht hätte, ist auch nicht uninteressant. Wahrscheinlich fallen jedem(r) Beteiligten genug andere Beispiele ein.

Der zweite Komplex des Fragebogens behandelt die Arbeitsgruppen. Das ist natürlich eine aktuelle Frage, über die der Parteitag noch diskutieren wird. Wenn wir aber bundesweit oder regional solche Arbeitsgruppen einrichten, dann finde ich es schon einen ziemlich großen Schritt in der Veränderung der Parteistruktur. Dazu sollte man einholen, wie groß das Interesse an persönlicher Mitarbeit ist. Der dritte Komplex des Fragebogens ist etwas heikel, man muß aber sehen, ob etwas rauskommt. Die erste Frage bezieht sich auf die persönliche politische Arbeit der Genossinnen und Genossen: Sind sie damit zufrieden, wollen sie lieber etwas anderes machen. Was? Ich denke da natürlich nicht an unsere Gewerkschaftscracks, die sicherlich alle sich etwas Schöneres vorstellen könnten als diese Arbeit, aber betimmt nicht als reale, aktuelle politische Alternative. Ich denke vielmehr an die, die im Antifa-, Ausländer-, Friedensbereich so in den letzten Jahren ihre Schwerpunkte gewechselt haben, aber auch an die Genossinnen, denen die Tätigkeit ihres Mannes die politischen „Wünsche" diktiert. Die letzte Frage stellt allgemein die Schwerpunktsetzung der Partei in den Raum, wie auch die Möglichkeit der Ergänzungen. Finde ich ziemlich interessant.

Die Fragebogen sollten örtlich (also Ortszellen, Ortsmitgliederversammlungen, Gebietszellen) verantwortet werden. Vielleicht kann man auch schon dort darüber diskutieren.

Landesmitgliederversammlung Baden/Württemberg

12

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Arbeitsgruppen

1. Zur Verbreiterung der politisch-theoretischen Diskussion in der Partei sollen Arbeitsgruppen gebildet werden, die jedem Genossen offenstehen.

2. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen sind in erster Linie für die Veröffentlichung im RM oder in der „Gemeinsamen Beilage" bestimmt.

3. Der Parteitag soll sich inhaltlich mit den Themen und personellen Möglichkeiten dieser Arbeitsgruppen befassen.

Begründung:

Die Arbeitsgruppen haben in der jetzigen Situation folgende Vorteile:

a) Helfen sie einen Zustand zu überwinden, wo „zentral", „politisch", „theoretisch" nur einige Köpfe in der Partei ins „Reine" zu denken wagen, bzw. dazu angehalten werden.

b) Zapfen sie eine ziemlich brachliegende „Goldader" in der Partei an. Denn es gibt bestimmt genug Genossen, die sich gerne daran beteiligen wollen.

c) Bringen sie Verbindlichkeit und Disziplin in eine vereinzelte Meinungsvielfalt, die uns gut tut.

Die statutenmäßige Fixierung dieser Arbeitsgruppen (ihre Rechte und Pflichten) sollten wir uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt sparen. Es ist besser, hier auf den Erfahrungen aufzubauen.

Landesmitgliederversammlung Baden/Württemberg

Antrag an den 6. Parteitag der KPD
Betrifft ...

Der Parteitag beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die sich mit der historischen Aufarbeitung der Politik von KPD und Komintern von 1919 bis 1949 befaßt, Streitfragen (Einheitsfrontpolitik vor und nach 33, Außenpolitik der SU zwischen den Kriegen, Stalin-Frage etc.) in einer Artikelserie im ZO darlegt und der Mitgliedschaft vorhandene Darstellungen und Analysen zu diesen Fragen zugänglich macht.

Begründung: Das ZK hat im Rahmen der Programmdebatte eine Reihe von Untersuchungen veröffentlicht, die einerseits bestimmte Grundvorstellungen von Marx/Engels/Lenin in einem neuen Licht darstellen, andererseits wichtige historische Entwicklungen in der DDR aufzeigen. Zwischen der Darlegung von Lenins kritischer Haltung zu gewissen Entwicklungen in der SU zu Zeiten der NÖP und den Ausführungen zur DDR klafft eine große zeitliche Lücke. In diesen Zeitraum fällt die Ausprägung des autoritären Staats-Sozialismus östlicher Prägung, der der revolutionären und Arbeiterbewegung überall auf der Welt lange vor der Geburt des Revisionismus Chruschtschowscher Prägung schweren Schaden zugefügt hat und auch heute ideologisch keineswegs überwunden ist. Wer sich vorgenommen hat, hiergegen einen revolutionären Selbstverwaltungs-Sozialismus zu propagieren, zu popularisieren und als ein Element in die Strategie seines revolutionären Kampfes aufzunehmen, sollte die wesentlichen Entwicklungen dieser Epoche kennen und aus marxistischer Sicht zu beurteilen wissen.

Joachim, Bremen

14

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Parteiorganisation

Der Parteitag möge beschließen:
Die LBLs sollen in Zusammenarbeit mit den OLs (wenn bestehend), die Grundorganisationen gemäß dem Statut reorganisieren, dies auch konrollieren.

Begründung:

Um eine politische Diskussion in der gesamten Partei zu gewährleisten, ist es notwendig, kollektive Arbeitseinheiten zu schaffen (das betrifft vor allem die Einzelmitgliedschaften in einem Gebiet oder an einem Ort.) Eine politischen Aufgabenstellung, die einen gewissen übergreifenden Charakter hat und in unterschiedlichen Bereichen arbeitende Genossen zusammenführt (z. B. § 116) halten wir dabei für sinnvoll.

2 Genossen aus Oberfranken (LBL Nordbayern)

15

Antrag an den 6. Parteitag der KPD
Betrifft § 116
Bildung örtlicher Komitees

Da die Auseinandersetzung um die Änderung des § 116 AfG höchstwahrscheinlich im wesentlichen das erste Halbjahr 86 bestimmen wird, sollte der Parteitag beschließen, alle Möglichkeiten hier tätig zu werden, zu nutzen. Soll im konkreten Fall heißen: Es sollte überall versucht werden, örtliche Komitees zu bilden.

Begründung:

Damit könnte ein Rahmen geschaffen werden, in dem sowohl Gewerkschafter aus solchen Einzelgewerkschaften, die sich nicht aktiv an der Kampagne gegen den 116 beteiligen eine öffentliche Tribüne hätten, als auch solche Linke und Demokraten, die nicht aus der Gewerkschaftsbewegung kommen. Solche Komitees könnten — wenn sie einigermaßen funktionieren — eben auch andere Menschen ansprechen und aktivieren, als dies die Gewerkschaften tun. Dazu gibt es auf örtlicher Ebene verschiedene Möglichkeiten, die um so besser wären, wenn es auch zentral ein solches Komitee gäbe.

Wir sind in Dortmund beim ersten Anlauf in diese Richtung nicht besonders weit gekommen, was auch an der zögerlichen Haltung der örtlichen Grünen hing (die sich aber durch die Entscheidung auf Bundesebene ändern dürfte), aber auch an einigen Einwänden aus der Linken, deren Herkunft wohl aus Absurdistan stammen dürfte. (Etwa, wenn gesagt wird, kein Streikgeld usw. führe zur Radikalisierung). Dies sei hier nur angeführt, um deutlich zu machen, daß eine solche Arbeit durchaus nicht ohne Schwierigkeiten sein dürfte. Aber wir halten sie für nötig, einmal und vor allem um der Sache willen, dann aber auch, weil es uns schon darum geht, daß unsere Partei gerade hier aktiv wird, auch über den gewerkschaftlichen Rahmen hinaus. Zumal niemand ernsthaft behaupten kann, die gewerkschaftliche Agitation (trotz aller positiven Aspekte, auch der Aktionen) sei nicht ergänzungsbedürftig.

MV Dortmund

16

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Arbeitslose

Wir begrüßen die Thesen zur Gewerkschaftspolitik, finden sie aber hinsichtlich der gewerkschaftlichen Arbeitslosenarbeit nicht ausreichend.

a. Es reicht nicht aus, daß die Gewerkschaften Arbeitslose aufnehmen. Der Kampf um die Aufnahme in die Gewerkschaften muß unserer Ansicht nach verbunden werden mit der Forderung nach Existenzgeld und Mindestlohn.

b. Außerdem sollte in der Partei mehr als bisher eine politische Auseinandersetzung über beschäftigungspolitische Vorstellungen verschiedener Gewerkschaften, DGB, Parteien und Organisationen stattfinden. (auch örtlich)

Begründung:

Zu a. Die Forderung Existenz- und Mindestlohn ist ein wichtiges Bindeglied zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die keine Arbeit haben.

zu b. Wir müssen eine eigene politische Einschätzung zu den verschiedenen Beschäftigungsprogrammen entwickeln, die sich nicht nach den Bedürfnissen des Kapitals richten, sondern nach den Bedürfnissen der Werktätigen. Ohne solch eine Diskussion in der Partei und in den Gewerkschaften sehen wir wenig Möglichkeiten, gewerkschaftlich orientierte Arbeitsloseninitiativen und autonome u. a. m. Arbeitsloseninitiativen gemeinsam aktionsfähig zu machen.

Als Einstieg in die Arbeitslosenarbeit verweisen wir

auf den RGO-Artikel 5/85, s. 3, Bericht vom RGO-Kongreß.

Anne, Elke, Peter
Arbeitskreis Arbeitslose in der KPD, klein, aber fein

17

Antrag an den 6. Parteitag
Betrifft: Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Der 6. ordentliche Parteitag möge beschließen:

1. Die KPD nimmt eine selbstkritische Bewertung der RGO-Politik vor. Die KPD zieht damit einen Schlußstrich unter dieses Organisationsmodell, das auf einer falschen politischen Einschätzung beruhte und auf der Vorstellung, unsere Organisation sei — unabhängig von ihrer tatsächlichen Verankerung und dem Stand der Klassenkämpfe — die „Führerin der Arbeiterklasse".

2. Angesichts (rechts-)sozialdemokratischer Dominanz in den Gewerkschaften, mangelnder innergewerkschaftlicher Demokratie, Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Funktionsverboten gegenüber linken Gewerkschaftern jeder Couleur ist die Zusammenfassung und Stärkung einer klassenkämpferischen Strömung in den Gewerkschaften (unter Einschluß der Arbeitslosen) politisch notwendig. Für solche Zusammenhänge besteht unter aktiven Gewerkschaftern auch ein spontanes Bedrüfnis, wie es sich in den immer wieder entstehenden betrieblichen, örtlichen, branchenmäßigen und kampagneartigen Zusammenschlüssen zeigt.

Das ZK wird beauftragt, zusammenzufassen, welche dieser Organisationsformen außerhalb und auch im Zusammenhang mit den heutigen Strukturen der RGO als lebensfähig und sinnvoll erwiesen haben.

3. Die KPD beteiligt sich an, unterstützt, fördert und initiiert solche Organisationsformen und -strukturen, örtlichen, fachlichen und nationalen Zusammenschlüsse mit dem Ziel des Erfahrungsaustausches, der gegenseitigen Absprache, des organisierten Vorgehens von Linken in den Betrieben und in der Gewerkschaft mit dem Ziel, eine erklärt linke Politik gemeinsam zu artikulieren und durchzusetzen, mit dem Ziel, in konkreten betrieblichen und überbetrieblichen Auseinandersetzungen klassenkämpferische Tendenzen zu fördern und die sozialpartnerschaftliche Vorherrschaft in der Gewerkschaft zu untergraben.

4. Die KPD-Mitglieder legen diese Vorstellungen auf dem nächsten RGO-Kongreß dar, schlagen vor, die durch die RGO entstandenen Strukturen weiter durch eine Zeitschrift zu verbinden, den Namen RGO zusammen mit einer Selbstkritik aufzugeben, diese Zeitschrift und ihre organisatorischen Strukturen auch anderen Gewerkschaftslinken zu öffnen.

5. Die KPD und ihre Mitglieder setzen sich in einem neuen Anlauf für eine Initiative gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und gegen Funktionsverbote ein und versuchen hierüber Öffentlichkeit zu schaffen und im Vorfeld vor allem der Gewerkschaftstage entsprechende Beschlüsse vorzubereiten.

Begründung:

Zu 1: Die heutige Politik und Praxis der RGO und der einzelnen aktiven Genossinnen und Genossen entspricht in keinem Punkte der ursprünglichen Zielsetzung dieser Organisation. Trotzdem ist es notwendig, dieses Organisationsmodell nicht einfach klammheimlich zu begraben oder durch Vereinigung mit anderen Organisationen verschwinden zu lassen, sondern sich kritisch damit auseinanderzusetzen.

Dies ist bislang nicht geschehen.

Noch in der Resolution zum wirtschaftlichen Kampf auf dem letzten Parteitag heißt es: "Die wesentlichen Einschätzungen, die die Partei veranlaßt haben, den Aufbau der RGO zu unterstützen, halten wir nach wie vor für richtig."

Dazu muß mensch sich noch einmal erinnern, was die wesentlichen Einschätzungen waren. Neben Größenwahn („Für die Kapitalisten, für den DGB-Apparat, für die sozialdemokratischen Bonzen wie auch für die Arbeiterverräter der DKP/SEW-Führung ist die RGO längst zum roten Tuche geworden. Die Unternehmer und alle diese in ihrem Sold stehenden Reaktionäre, die sich als Arbeitnehmervertreter aufspielen, haben in der RGO und in der KPD/ML, der einzigen Partei, die den Aufbau der RGO unterstützt, ihre Todfeinde entdeckt.") bestand die Begründung für die Notwendigkeit der Existenz der RGO vor allem in:

- einer Überschätzung der **Entwicklung der Klassenkämpfe**
- der Einschätzung: „Der **DGB-Apparat** war vielmehr von Anfang an ein Instrument des Klassenfeindes, um die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken, um die Arbeiter zur Kapitulation vor ihren Ausbeutern und Unterdrückern und zur Versöhnung mit dem Kapitalismus zu bewegen."
- einer Einschätzung, die eigentlich als Konsequenz die **Notwendigkeit neuer Gewerkschaften** schon hier und heute hatte, dies nur aus praktischen Erwägungen ablehnte. („Noch sind die Bedingungen aber nicht reif, um neue, revolutionäre Gewerkschaften zu gründen. Nicht, daß das Einheitsgewerkschaftsgeschrei der DGB-Bonzen und ihrer sozialdemokratischen und revisionistischen Sprachrohre uns von diesem Schritt abhalten könnte ..." Aber: „Noch verfügt der DGB-Apparat über großen Einfluß ... herrscht innerhalb der Arbeiterklasse noch keine ausreichende Klarheit über seinen vollständig reaktionären Charakter ..." (alle Zitate aus: „Was will die RGO", 2. Auflage, 1977)
- der Vorstellung, das Bewußtsein der Arbeiter sei eigentlich revolutionär, es müsse nur mittels Entlarvung von Illusionen befreit werden.

Die RGO wurde also aufgebaut als blitzsaubere Gegengewerkschaft, die sich nur aus der Not heraus **noch** nicht als solche konstituieren konnte.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen um dieses Organisationsmodell wurden zudem noch bis nach dem letzten Parteitag unter der Überschrift „führende Rolle der Partei verwirklichen" geführt.

Kritiker dieses Modells wie auch der anderen „Massenorganisationen" (Volksfront etc.) wurden verdächtigt, vor dem Druck der Gewerkschaftsbürokratie zurückzuweichen, sich opportunistisch der Gewerkschaftslinken anbiedern zu wollen etc.

In Wirklichkeit aber beruhte auch nach Änderung der Gewerkschaftspolitik der Partei in den letzten Jahren dieses Organisationsmodell auf einem falschen Verständnis der Rolle der Partei und zudem auf einer völligen Ignoranz des tatsächlichen Standes der Arbeiterbewegung und der Rolle, die unsere Organisation in diesem Zusammenhang spielen kann. Dies ist in der Resolution über die Rolle der Partei auf dem Sonderparteitag hinreichen analysiert worden.

Zu 2 und 3: Bilanz über die RGO-Politik zu ziehen, ist aber auch notwendig, um bewußt und erklärtermaßen festzustellen, daß oppositionelle Arbeit in den Gewerkschaften notwendig ist und keine Linksentwicklung im Seblstlauf erwartet werden kann.

Die Rechten in der Gewerkschaft sind organisiert, treffen Absprachen, nutzen ihre Machtmittel in den Betrieben und in der Gewerkschaft, um ihre Politik durchzusetzen.

In der Linken geht national bewußt und organisiert nur die DKP vor, um ihre Gewerkschaftspolitik durchzusetzen. Wobei ihre Gewerkschaftspolitik für andere Linke kaum diskutierbar ist, da sie sich nicht als Politik der DKP zu erkennen gibt — einmal wegen der Funktionsverbote, zum anderen aber auch, weil die DKP im Grunde das gleiche Verständnis von Massenorganisationen hat wie wir es hatten: Nämlich über Massenorganisationen eine bestimmte vorgegebene Politik „durchzusetzen". Sie ist dabei zwar erheblich erfolgreicher als wir, ruft aber das gleiche berechtigte Mißtrauen hervor, daß hier Bewegungen „instrumentalisiert" werden sollen.

Es gibt deshalb ein großes Bedürfnis unter aktiven Gewerkschaftern, linken Gewerkschaftern im weitesten Sinn, sich auszutauschen, zu beraten, Kontakt zu halten, Absprachen zu treffen, gemeinsam Politik gegen die Sozialpartnerschaftsstrategen zu machen — in betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen wie auch in innergewerkschaftlichen Fragen.

Und es besteht die Notwendigkeit, Auseinandersetzungen mit sozialpartnerschaftlichen Positionen und Machtmitteln, offen mit und vor den Belegschaften und den Gewerkschaftsmitgliedern zu führen, wobei dies in einzelnen Situationen — vor allem in Großbetrieben eigene Organisationsformen (z.B. Listen) notwendig machen kann. Die Notwendigkeit einer solchen Auseinandersetzung wird sich verstärken, wenn es wieder zu einer sozialdemokratischen Regierung kommen sollte.

Als sinnvoll und lebensfähig in diesem Sinn haben sich erwiesen:

- Betriebliche, konzernbezogene, branchenbezogene Absprachen, die oft zu längerfristigen Verbindungen, z.T. Organisationsformen führen.
- Kampagneartige Zusammenschlüsse für die Zeit, in der das Anliegen aktuell ist (z.B. Info 35 während der 35-Stunden-Kampagne, die BMW-Solidarität, die Stahlkoordination etc.)
- Absprachen und organisiertes Vorgehen in innergewerkschaflichen Fragen (z.B. das Vorgehen der Frauen vor dem letzten ÖTV-Kongreß, um den Beschluß zum § 218 durchzubringen). Gerade beim letzten Punkt haben wir uns bislang viele Einflußmöglichkeiten vergeben, die z. B. von der DKP — z.T. in abschreckender Form — genutzt werden.

Wir sollten deshalb nicht einfach die RGO begraben, sondern in Zukunft solche Möglichkeiten zur Stärkung klassenkämpferischer Strömungen in der Gewerkschaft **bewußt** unterstützen und — wo notwendig — initiieren.

Zu 4 Die durch die RGO entstandenen Strukturen, die ja über den Rahmen der KPD hinausgehen und auch auf andere eine gewisse Attraktivität dadurch hatten, daß die RGO z. Zt. der einzige nationale Zusammenschluß linker Gewerkschafter ist, sollte man durch eine Zeitung weiterverbinden. Diese Zeitung sollte der Diksussion und dem Erfahrungsaustausch dienen und darf nicht den Anspruch erheben, gemeinsame Politik für eine gemeinsame Organisation zu machen.

Zu 5: Gewerkschaftsausschlüsse (und Funktionsverbote bis hin zur DKP) sind ein ungeheures Hindernis für eine linke Gewerkschaftspolitik. Bei aller Selbstkritik brauchen wir unsere heutige Betriebs- und Gewerkschaftspolitik keineswegs zu verstecken, schon gar nicht vor den rechten Sozialdemokraten. Gerade wegen der „Krise der Gewerkschaften" und wegen des derzeitigen Schulterschlusses gegen die Kohl-Regierung und natürlich auch wegen der Anerkennung, die aktive Gewerkschafter/innen zu Recht an der Basis genießen, hat selbst in den Vorständen zum Teil ein Nachdenken darüber begonnen, wie man die „jungen, verirrten" Kolleginnen und Kollegen wieder in den Schoß der großen Mutter Gewerkschaft zurückholen kann. Es hat Rücknahmen von Gewerkschaftsausschlüssen gegeben. Diese Situation sollten die Linken in den Gewerkschaften nicht den einzelnen überlassen, die sich häufig gezwungen sehen, für die Wiederaufnahme eigentlich unverzichtbare inhaltliche Positionen zurückzunehmen.

Besonders im Vorfeld der nächsten Gewerkschaftstage sollten wir uns aktiv für eine Rücknahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse einsetzen.

Anna (Zelle Metall-Bau/Dortmund)

18

Antrag an den 6. Parteitag der KPD
Betrifft: Sozialpolitik
Für „Sozialpaß"

In den Thesen des ZK zu den sozialen Sicherungssystemen fehlt fast vollkommen der ganze Bereich der Sozialhilfe. Hier ist von den — sehr wenigen — Selbsthilfegruppen und Arbeitsloseninitiativen seit längerem eine Bewegung für einen (örtlich sowohl unterschiedlich bezeichneten als auch unterschiedlich definierten) „Sozialpaß" im Gange. Der Parteitag soll beschließen, daß die Partei dort, wo sie in diesem Bereich aktiv ist (oder wird) diese Bewegung unterstützt.

Begründung:

Der Begriff der „neuen Armut" ist ja keineswegs eine Erfindung (auch wenn es Vertreter dieser These gibt, die damit nur verbergen wollen, daß es auch eine „alte" Armut gibt). Die Dauerarbeitslosigkeit ist eine Tatsache für unzählige Menschen. „Sozialpässe" sind zunächst einmal ein Bündel von — zumeist kommunalen — Vergünstigungen, die dazu dienen sollen, Verarmung abzumildern, Isolation wenigstens etwas zu verhindern. Maßnahmen übrigens, die eindeutig in der Tradition kommunistischer kommunaler Sozialpolitik liegen. Die Beteiligung an solchen Kampagnen (die übrigens völlig unabhängig von der Debatte um „Abkoppelung des Einkommens von der Arbeit" stehen) ist von daher sowohl nötig, als sie auch Möglichkeiten für die Partei schafft, in solchen Bereichen überhaupt erst zu wirken.

MV Dortmund

19

Stellungnahme

Bundestagswahl 1987

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich möchte gegen einen Teil der ZK-Thesen argumentieren. Richtig finde ich die Einschätzung und politische Herangehensweise im Teil I: allgemeinpolitische Orientierung und in den Thesen zur Bundestagswahl 197, in denen es heißt:

„... Deshalb wird der Kampf gegen die derzeitige Bonner Regierung, für ihre Beseitigung und ihre Ersetzung durch eine andere Regierung, die nach bedauerlicher Lage der Dinge, die sich bis zur Bundestagswahl kaum dramatisch verändern dürfte, nur eine sozialdemokratisch geführte sein kann, die allgemeine politische Orientierung der Arbeiterbewegung sein." Aus der dargelegten Betrachtungsweise ergibt sich, daß wir die Entwicklung der Arbeiterbewegung selbst und nicht Spekulationen über denkbare Koalitionen im Hinblick auf die Ablösung der bestehenden Regierung für wesentlich halten. „Politisch muß es für uns, als revolutionäre Sozialisten darum gehen, innerhalb der stark sozialdemokratisch (und grün!) geprägten Oppositionsbewegung gegen die Wende-Regierung für den Klassenkampf gegen das Kapital und die Reaktion einzutreten, die scheinbar einzig mögliche Alternative Wendepolitik oder Sozialpartnerschaftspolitik in Frage zu stellen und einen Fortschritt beim Zusammenschluß klassenkämpferisch orientierter Kräfte zu erreichen."

Als Schlußfolgerung wird daraus gezogen, daß es am

besten wäre, wenn 1. ein linkes Bündnis oder 2. die KPD selbst kandidieren würde.

Ein linkes Bündnis kann bei den Bundestagswahlen 87 nur revolutionär-sozialistische Organisationen umfassen, da meines Wissens DKP und DS als Friedensliste kandidieren wollen.

So ein linkes Bündnis oder die Alleinkandidatur der KPD (und evt. GIM) ist nun aber keine wählbare Alternative, sondern eine Form des Wahlboykotts (5-Prozent-Klausel). Ein Wahlbündnis zusammen mit revolutionär-sozialistischen Organisationen würde zudem eine Einheit auf sektiererischer Grundlage fördern, nach dem Motto: Wir gegen den Rest der Welt.

Wer solche Splittergruppen wählt, hat wohl im wesentlichen keine Illusionen mehr über die Möglichkeiten unseres Parlaments. Aber „die Überwindung parlamentarischer Illusionen, die das Ziel einer revolutionären Arbeiterpolitik sein müssen, dürfen wir nicht als Voraussetzung für die Einsicht und Zuwendung zu klassenkämpferischen und revolutionären Positionen betrachten, sondern als ein Ergebnis aus den Erfahrungen im Kampf um die klassenkämpferische Durchsetzung von Arbeiterinteressen." (aus ZK-Stellungnahme 84 zu den Parlamentswahlen)

Deshalb finde ich den Aufruf „Keine Stimme den Wende-Parteien" richtig, der uns als Teil der Einheitsfront gegen die Wende-Regierung begreift. Außerdem müssen wir in unserer Wahlpropaganda aufzeigen,

- daß nur durch die direkte Massenaktion, den Klassenkampf Reformen zu erreichen sind
- daß wir sowohl die Stärke des Klassenkampfes wie auch das Wahlergebnis als Ausdruck des Bewußtseins der Arbeiterklasse begreifen
- und daß wir insofern eine Stimmabgabe gegen die Wendeparteien akzeptieren, aber auch als unzureichend betrachten
- daß wir die reformistischen Vorstellungen der SPD und der Grünen kritisieren
- daß wir dieses System der Ausbeutung und Unterdrückung abschaffen wollen und dafür Mitstreiter gewinnen wollen.

Gut fände ich, mit einer Bündnis- oder Alleinkandidatur für die nicht wahlentscheidende Erststimme zu versuchen, ob es uns nicht gelingen kann, für unsere Politik von einem über unseren engeren Umkreis hinausgehenden Teil der Bevölkerung Zustimmung zu erlangen. Da das nicht als verschenkte Stimme gewertet würde, mag es möglich sein, einen gewissen Teil an Proteststimmen zu erhalten.

Zu überlegen wäre bei einer Direktkandidatur, ob wir da nicht mit DKP-Genossinnen und Genossen zusammenarbeiten könnten. Von denen wird ein gewisser Teil sauer darüber sein, wenn sie schon wieder nicht als Kommunisten, sondern als Friedensliste zur Wahl stehen. Andererseits halte ich eine gemeinsame Kandidatur mit DKP oder MLPD für fragwürdig, da beide nicht nur in ihren Zielen von einer Parteikandidatur ausgehen, sondern auch heute in ihrer Mehrheit nicht gerade die Eigenaktivität und das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse fördern.

Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf halte ich die aktive Unterstützung der Unterschriftensammlung gegen SDI für falsch (von der persönlichen Unterschrift einmal abgesehen). Das ganze läuft auf eine Wahlunterstützung der SPD hinaus, da in dem Aufruf bewußt auf weitere, für die SPD problematische Forderungen verzichtet wurde.

Das ZK sollte eine Unterstützung der gut fundierten Stellungnahme „Für eine unabhängige Friedensbewegung" des linken Flügels in der Friedensbewegung beschließen (siehe RM vom 20.12.85)

Ich wünsche dem Parteitag eine angeregte und produktive Diskussion,

mit kommunistischen Grüßen

A. B., Leverkusen

Beratung revolutionärer Sozialisten über die Bundestagswahl

Am Samstag, denn 11. Januar, fand in Dortmund — auf Einladung des Präsidiums der gemeinsamen Vollversammlung — eine Beratung revolutionärer Sozialisten über die Bundestagswahl 87 statt.

Neben den Organisationen der Vollversammlung BWK, FAU/HD (A), GIM KG (NHT) und KPD nahmen die Gruppe IV. Internationale und die MLPD daran teil. Eingeladen waren außerdem: Arbeiterpolitik, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, BSA, IMK Nürnberg, KB, MG und SAG.

Die GIM legte dort ein Papier vor, das sich für eine Wahlbeteiligung revolutionärer Sozialisten aussprach, dem folgte der BWK, dessen Stellungnahme ebenfalls eine Wahlteilnahme vorschlug und die KG (NHT) bezog ebenfalls schriftlich Stellung, eher ablehnend zu einer eigenen Beteiligung. Die Delegation des ZK der KPD legte keine schriftliche Stellungnahme vor, unterstrich ihrerseits aber die Argumentation, die das ZK bereits in den Thesen zum Parteitag im „Roten Morgen" veröffentlicht hatte, das sich für eine Wahlbeteiligung eines Bündnisses revolutionärer Sozialisten aussprachen, aber auch die dabei vorhandenen Schwierigkeiten betonten. Die Tatsache, daß sich sowohl GIM wie BWK und FAU/HD (A) für eine gemeinsame Wahlbeteiligung aussprachen, machten nach Auffassung der KPD-Delegation die Möglichkeiten für eine Verwirklichung eines Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten weitaus besser als in den ZK-Thesen angenommen.

Die MLPD ihrerseits brachte den Vorschlag vor, der auch bereits in der „Roten Fahne" veröffentlicht war, eine Kandidatur auf „offenen Listen" der MLPD zu organisieren. Einen Vorschlag über die dazu von der MLPD ausgearbeitete Plattform gleichberechtigt mit anderen Vorschlägen in einer Kommission zu diskutieren, lehnte die Delegation der MLPD ab, was wohl allen anderen Beteiligten deutlich machte, daß es dieser Delegation zumindest nicht um eine wirkliche politische Aktionseinheit ging, sondern eher um Hilfe für die eigene Kandidatur.

Es kam nach einiger Diskussion über die vorgelegten Papiere (die wir im folgendne dokumentieren) von Genossen des BWK vor allem der Vorschlag, aufgrund festgestellter politischer Gemeinsamkeiten eine Kommission zu bilden, die als Ausgangspunkt ihrer Arbeit die gemeinsame Wahlplattform von BWK und KPD von 1983 nehmen soll, die seitherige Entwicklung und Stellungnahmen von Organisationen verarbeiten soll und einem weiteren Treffen am 9. März (zu dem auch andere Organisationen eingeladen werden) einen Vorschlag für eine mögliche gemeinsame Wahlplattform vorzulegen. Dieses Verfahren wurde von der GIM und der KPD sowie der FAU/HD unterstützt, ausdrücklich dagegen sprach nur die MLPD.

Die Delegation des ZK der KPD sprach sich für diesen Weg aus, weil darin eine wirkliche Möglichkeit gesehen wurde, zu einer politischen Plattform zu gelangen, die entgegen den Befürchtungen des ZK in seinen Thesen zum Parteitag tragfähig für ein gemeinsames Vorgehen der beteiligten Organisationen revolutionärer Sozialisten sein könnte. Diese Alternative wird in den Debatten des kommenden Parteitages also eine Rolle spielen müssen und, falls sie als positive Möglichkeit betrachtet wird, kann nach dem 9. März eine Entscheidung gefällt werden, ob es zu einem Wahlbündnis kommt.

Bundestagswahlen 1987 Zu den Bedingungen und Möglichkeiten unserer Politik

Das Regierungslager

Das Regierungslager spekuliert auf die Zugkraft der Konjunktur. Ein beträchtlich großer Bevölkerungsteil soll sich nach der Vorstellung der Bürgerlichen sagen: Uns geht es jedenfalls besser als vor vier Jahren! Die reaktionäre Propaganda will herausstreichen, daß diese Besserung gerade erreicht worden sei, nur erreichbar gewesen sei, weil man den Mut gehabt habe, die Anspruchsmentalität der Arbeiter, den Übermut ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu brechen und die politische Führung für den Konservatismus zu erringen. Die Krise sei Ergebnis der sinkenden Leistungskraft der Volkswirtschaft gewesen, der Grund dafür der sinkende Leistungswille der Arbeiter. Man habe mehr Anreize zur Arbeitsleistung schaffen müssen und auch geschaffen. Einzig und allein die Beibehaltung solch starken Anreizes sichere die Stellung der westdeutschen Volkswirtschaft. Diese wiederum sei die Grundlage des Wohlergehens. Da dieses Wohlergehen nun einmal erreicht sei, müsse es vor allem gesichert werden. Zu diesem Zweck müßten im Inneren politische Verhältnisse zementiert werden, die ein Aufmucken der Arbeiterbewegung ausschlössen. In der Außenpolitik müsse ein Kurs verfolgt werden, der durch Verbesserung der politischen Stellung der BRD die Konkurrenzposition der BRD-Monopole verbessere.

Eine herausragende Stellung im westlichen Bündnis sei für die BRD möglich, weil sie an der Nahtstelle zu den Unrechtssystemen des Ostens sich befinde und ihnen im Interesse der ganzen entwickelten Menschheit Paroli zu bieten habe. Beruf der BRD sei es, das Interesse der Imperialisten an Einziehung des östlichen Europas in den Weltmarkt zu betreiben. Nur die BRD könne dieses aggressive Interesse friedliebend maskieren, indem sie ihre Bereitschaft erklärt, über die Ansprüche des Deutschen Reiches in einen Europa vom Atlantik bis wer weiß wohin zu reden. Diese politischen Möglichkeiten machen die BRD zu einem äußerst wichtigen Glied in der westlichen Staatengemeinschaft und sichern ihr in Europa eine politisch gewichtige Stellung. Die BRD verfügt über den Schlüssel zur Erweiterung der EG nach Osten.

Es ist möglich, daß zum Zeitpunkt der Wahlen der größere Teil der Wahlberechtigten eine Besserung seiner Lage verglichen zu 1983, verspüren wird. Das gäbe einen starken Schub für die Propaganda der Regierungspolitik her und würde ihrer arbeiterfeindlichen Demagogie breit Vorschub leisten. Sowohl für die Entwicklung der Zahlenverhältnisse wie auch für die ideologische Lage ist der Tatbestand bedeutsam, daß die Bourgeoisie einen so großen Teil des Proletariats in der entrechtesten Position des Ausländers hält. Die Arbeiterfeindlichkeit der Regierung ruft Schutzbedürfnisse im Bürgertum hervor und verspricht deren Befriedigung.

Der revanchistische Chauvinismus der Reaktion zieht nicht so breite Kreise. Eine Verbesserung der internationalen Positionen der BRD kommt faktisch nicht sehr vielen zugute und löst gegenwärtig nicht in der Breite große Erwartungen aus, und selbst wenn, erscheint der Preis — Rüstung, Militarismus, Krieg — zu hoch. Die Außenpolitik wird einen Schwachpunkt der Regierung abgeben.

Was würden die Folgen eines Wahlsieges von CDU, CSU und FDP sein? Im Falle eines bedeutenden Wahlsieges würde ein sehr verschärfte Reaktion einsetzen. Es käme ja darauf an, bürgerlich reaktionäre Wähler zu belohnen und Gegenwehr der Arbeiter zu unterwerfen. Zumal, wenn, wie zu erwarten, eher bald nach den Wahlen eine Vertiefung der Krise eintritt, wird das zu Buche schlagen. Die Situation nach einem Wahlerfolg dieser Koaltiion wird besonders gefährlich sein, wenn die GRÜNEN an der 5-Prozent-Klausel scheitern sollten. In diesem Falle wäre es ein vitales Interesse des bürgerlich-reaktionären Lagers, eine neuerliche Sammlung des parlamentarischen Widerstandes zu unterbinden.

Ein weiteres Anschwellen faschistischer Organisationen und ihre zunehmende Begünstigung durch staatliche Stellen würde auch gefördert.

Es ist deswegen ein großes Interesse aller fortschrittlichen Leute in der BRD, einen Sieg der Regierungskoalition zu verhindern, wie auch fortschrittliche Leute kein Interesse an einem Zerfall der Grün-Alternativen entwickeln können.

Die Sozialdemokratie

Der Widerstand gegen die reaktionäre Regierungspolitik entwickelte sich in den letzten vier Jahren deutlich unter Führung der SPD. Die SPD hat das Anliegen breiter Massen aufgenommen, die sich nicht durch die Drohung mit wirtschaftlichem Untergang zu beliebig schlechten Bedingungen an die Arbeit setzen lassen wollen. Die SPD behauptet, die Krisenlasten für die Arbeiter erträglich halten zu wollen und zu können. Ihre Politik ist doppelbödig. Einmal hat die Regierung Schmidt/Genscher die Sanierung der Profite durch Billigmachen der Arbeitskraft eingeleitet, zum anderen kritisiert dies auch die jetzige Parteiführung nicht. Alle Versprechen sind an die Voraussetzung gebunden, daß der SPD die Organisierung eines großen Geschäftes in Arbeit und Umwelt gelingen würde, wodurch die wirtschaftliche Position der BRD im internationalen Geschäft sich so glänzend entwickeln müsse, daß die Notwendigkeit nicht bestünde, Arbeiter leiden zu lassen.

Die SPD nimmt den Widerstand der Arbeiterbewegung auf und gibt ihm eine Richtung, die eine große Koalition möglich macht. Im Gedanken der Wirtschaftsexpansion ist der Gegensatz von Konservatismus und Reformismus auch dafür weit genug abgestumpft. Unter diesem Blickwinkel erscheint jeder Protest, komme er aus der Arbeiterbewegung oder aus der Mittelklasse, als störend und gefährlich.

Die GRÜNEN

Die politische Opposition, die ihre Basis in den werktätigen Klassen hat, speist die Protestbewegung der GRÜNEN. Die GRÜNEN stoßen

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

sowohl in der Kritik der Reaktion wie in der Kritik des Reformismus wurde, die auf eine Gesellschaft weist, in der das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln wohl einschneidend eingesie nicht. Eine solche Erkenntnis verbietet sich den GRÜNEN, soweit sie ihnen die Perspektive verlegen wrde, die auf eine Gesellschaft weist, in der das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln wohl einschneidend eingeschränkt oder sogar aufgehoben würde, nicht jedoch eine bevorrechtete Stellung der Intelligenz. Bestünde nicht eine derartige Zielvorstellung, bestünden auch nicht die GRÜNEN.

Die Arbeiteropposition

Die Arbeiterposition in der BRD ist sehr zersplittert und ideologisch überworfen. Wichtige Fragen, betreffend besonders die sozialistische Zukunftsaussicht, sind noch nicht geklärt. Auch befindet sich die Entwicklung der Weltrevolution in einer Etappe, in der man sich nicht einfach einer großen Revolutionsbewegung zuordnen kann, so wie das z.B. bei den volksdemokratischen Revolutionen nach der Befreiung vom Faschismus der Fall gewesen ist oder auch bei den antiimperialistischen, neudemokratischen Revolutionen in der dritten Welt.

Vor neuen Aufgaben stehend können die Revolutionäre kommunistischer Zielsetzung heute und in der BRD dennoch auf eine Reihe von politischen Grundsätzen zurückgreifen, die ihnen gemeinsam sind und die es im täglichen politischen Leben, in den Betrieben und in der örtlichen Politik ermöglichen, in Fragen der Aktionseinheit, der Frontbildung gegen die Reaktion Übereinstimmung zu finden. Als Kriterium wird akzeptiert:

- Antifaschismus
- Antimilitarismus
- Antiimperialismus
- Arbeiterinteressen

Das Stichwort „Arbeiterinteressen" soll eine Politik charakterisieren, die nicht umkehrt, sobald sie an Schranken der bestehenden Gesellschaft stößt, die insofern antikapitalistisch ist und die Perspektive des Kommunismus nicht verstellt, nicht antikommunistisch ist.

In fast allen Programmen oder programmatischen Dokumenten der revolutionären Linken sind solche Grundsätze enthalten, und, was noch wichtiger ist, in der praktischen Politik auch. Das gibt einen Ausgangspunkt für die Politik der Revolutionäre, der auszunutzen ist, auch und gerade bei Wahlen. Das gibt aber auch die Verpflichtung, was damit anzufangen, zumal die sonst auftretenden Oppositionsparteien solche Grundsätze nicht oder nicht in allen Punkten teilen.

Die praktische Bedeutung des Eingreifens in den Wahlkampf unter solchen Gesichtspunkten liegt nicht nur im Falle einer Kandidatur vor. Die Kritik der reaktionären Politik kann z.B. dazu beitragen, daß sich die GRÜNEN festigen statt nach Rechts hin zu verlieren. Eine klare Fassung politischer und wirtschaftlicher Interessen der Arbeiterklasse wird die Verfügbarkeit der SPD für die Bourgeoisie mindern. — Ohne eine Kandidatur wurde aber weder die Kritik an der SPD noch die Einwendungen gegenüber den GRÜNEN in der Öffentlichkeit ernst genommen, alle gingen stillschweigend davon aus, daß man SPD und/oder Grüne zu wählen nahelegt. Eine Kandidatur würde da klare Verhältnisse schaffen und die Entwicklung der inhaltlichen Arbeit begünstigen. — (Diskussionsbeitrag des BWK)

Position des Politischen Büros der GIM zu den kommenden Wahlen

1. Die Bundesrepublik ist seit einigen Jahren nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in eine Phase zunehmender Instabilität eingetreten. Mit einiger Verzögerung geht sie den gleichen Weg wie andere imperialistische Länder Westeuropas. Ihre Sonderstellung nähert sich — trotz bedeutsamer wirtschaftlicher Reserven — dem Ende. Der Grad der Klassenauseinandersetzungen ist deutlich angestiegen. Die wirtschaftlichen Angriffe des Kapitals, die bürgerliche Regierungspolitik sind aggressiver geworden aber auf der anderen Seite steht ein — trotz Auf- und Abschwüngen — insgesamt entschiedenerer und breiterer Widerstand der Betroffenen. Dieser Widerstand entzündet sich an zahlreichen Krisen und Gefahren, sei es an gewerkschaftlichen Fragen, Aufrüstung, Umweltzerstörung, Beschneidung demokratischer Rechte, Unterdrückung von Minderheiten oder imperialistischer Politik in der „Dritten Welt".

Von der gesellschaftlichen Krise erfaßt werden in zunehmendem Maß auch die traditionellen Parteien, Institutionen und Organe des bürgerlichen Staates. Der zeitweilig schnelle Aufstieg der Grünen Partei ist eines der Symptome. Die Zeiten langandauernder, unangefochtener Regierungsperioden sind vorbei. Sowohl auf Bundes-, Landes- wie auch auf kommunaler Ebene sind beträchtliche Änderungen bei den Wahlergebnissen und der Zusammensetzung der jeweiligen Regierungen möglich — schon nach einer Legislaturperiode. Der Sturz der Regierung Kohl bei den kommenden Bundestagswahlen ist absolut im Bereich des Möglichen. Ebenso ein neuer Regierungsantritt der SPD.

2. Die kommende Serie von Landtagswahlen (Niedersachsen am 15. Juni, Bayern am 12. Oktober und Hamburg Anfang November 1986) sowie der Kommunalwahlen (2. März Schleswig-Holstein, 5. Oktober Niedersachsen) wird einen gewissen Aufschluß über die weitere Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse geben. Wahlkämpfe und Ergebnisse werden mit Sicherheit zum Gradmesser für den Ausgang der Bundestagswahlen im Februar 1987.

In **Niedersachsen** steht die Frage, ob die Albrecht-Regierung ungeschoren ihre absolute Mehrheit behaupten kann oder ob der Trend von NRW und dem Saarland sich fortsetzt und ein bedeutender Teil der CDU-Wähler zumindest neutralisiert wird. Genaue Vorhersagen sind unmöglich, aber ein Überrunden der CDU durch SPD - Grüne wäre nur bei einem katastrophalen Verlust er CDU und einem Scheitern der FDP an der 5-Prozent-Sperre möglich. Eine bedeutsame Stärkung der SPD würde — nach dem allgemein zu beobachtenden bundesweiten Trend — auch auf Kosten der Grünen gehen, deren Landtagsfraktion auf dem Spiel steht.

Ein Scheitern der Wende-Parteien in Niedersachsen und der Verlust der Regierung an SPD oder SPD-Grüne hätte weitreichende bundespolitische Konsequenzen (2/3-Mehrheit im Bundesrat gegen die Wendekoalition) und könnte die politische Dynamik gegen die Rechtskoalition in Bonn beschleunigen.

In **Bayern** werden die Landtagswahlen interessant im Hinblick darauf, ob der CSU-Block weitere Verluste hinnehmen muß wie bereits bei den letzten Kommunalwahlen. Die SPD kann nur auf einen relativen Erfolg setzen („innerhalb des 30-Prozent-Gettos"), der auch auf Kosten der Grünen gehen dürfte. Die Regierungsfrage stellt sich in Bayern nicht.

In **Hamburg** dürfte die SPD mit einiger Sicherheit stärkste Partei bleiben. Die konkurrierende GAL befindet sich in einer politischen und organisatorischen Krise. Ob sie sich vor dem parlamentarischen Absturz retten kann, ist offen.

Können CDU und CSU sich halten oder — was wahrscheinlich ist — legt die FDP zu, dürfte der Ausgang der Bundestagswahlen entschieden sein und die Rechtskoalition könnte weitermachen. Die wichtigste Entscheidung darüber wird wahrscheinlich bei den Niedersachsen-Wahlen fallen. Stimmenmäßig wird die SPD überall hinzugewinnen, soweit absehbar. Die relativen Gewinne dürften allerdings bedeutend größer sein, wie sich bereits in NRW gezeigt hat. Das wird seine Hauptursache darin finden, daß ein Teil der Wende-Wähler neutralisiert werden dürfte. Die FDP wird aufgrund ihrer offensiv rechten Themen ihre kleinbürgerliche Klientel stärken.

Verlieren die Grünen ihre Landtagsfraktion in Niedersachsen, so wird sich der Abstiegsprozeß dieser Partei beschleunigen. Nach ihren Niederlagen vom März 1985 im Saarland und vom Mai 1985 im NRW, wo der für den Charakter der Partei so wichtige Sprung über die 5-Prozent-Hürde nicht gelang, wird ihr Nimbus geschlagen sein, eine Stimmabgabe für sie lohne sich um direkt in die Regierungspolitik bzw. den Parlamentarismus einzugreifen. Nach einer Niederlage in Niedersachsen stände der Wiedereinzug in den Bundestag klar in Frage.

3. Wahlpolitisch stehen die revolutionären Sozialisten in einer besonders schwachen Position. Es besteht keinerlei Aussicht, Kandidaten in ein Landesparlament, geschweige in den Bundestag durchzubringen. In der Tradition des revolutionären Marxismus lehnen wir zwar den bürgerlichen Parlamentarismus prinzipiell ab, beteiligen uns jedoch an Wahlkämpfen und — wenn möglich — auch über Parlamentsfraktionen, **um die sozialistische Position zu propagieren.** Der Boykott von Wahlauseinandersetzungen und Wahlen würde unter „normalen" Verhältnissen, d.h. ohne die Existenz einer massenhaften Boykottstimmung in der Arbeiter- und Massenbewegung nur auf einen Selbstboykott hinauslaufen.

Wir treten dafür ein, daß die revolutionären Sozialisten heute — wo immer die politischen und organisatorischen Mindestvoraussetzungen vorhanden sind — Wahlbündnisse auf gemeinsamer politischer Grundlage bilden, um die Stimme des revolutionären Sozialismus **hörbarer** zu machen. Wir treten dafür ein, ein Aktionsprogramm zu erarbeiten, das die wichtigsten politischen Fragen aufgreift und klassenkämpferische Antworten gibt.

Im Mittelpunkt des Eingreifens stehen also Forderungen und Vorschläge, die an den wichtigsten Erfahrungen der Gewerkschafts- und Massenbewegungen ansetzen und auf möglichst populäre Weise die nächsten Schritte angeben. Die Regierungsfrage kann nur negativ beantwortet werden: Gegen Regierungen der Wendeparteien CDU-CSU-FDP. Wir rufen bei den kommenden Wahlen nicht direkt zur Wahl von SPD und Grünen auf, sondern setzen uns kritisch mit ihrer Politik auseinander. Wir konfrontieren sie mit dem Aktionsprogramm der revolutionären Sozialisten. Die Auseinandersetzung mit ihnen muß auf möglichst anschauliche, nachvollziehbare Weise geschehen. D.h. wir dürfen sozialdemokratischen Wählern oder Grünen nicht in ultralinker Manier vor den Kopf stoßen. Wir haben nachzuweisen, daß jede Erwartung, eine Regierungsübernahme der SPD in Bonn würde die Logik der Wendepolitik umkehren, fehl am Platze ist, (siehe die praktische Politik der Partei heute, wo sie die Regierung stellt, das Programm von Rau usw.). Wir schüren auch nicht die Illusion, eine Regierungsbeteiligung der Grünen könne die SPD in wesentlichen Fragen nach „links" drücken (siehe Hessen).

4. „Weg mit der Rechtskoalition — für ein Ende der Wende — Vertrauen in die eigene Kraft!" unter dieser allgemeinen Parole sollten die revolutionären Sozialisten in den Bundestagswahlkampf eingreifen.

Bereits im Vorfeld — und das heißt bereits auch in den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen sollten wir auf dieser Linie mit gemeinsamen Stellungnahmen auftreten. Es wäre sehr günstig, wenn wir bereits zu den Hamburger Wahlen eine Bündnisliste aufstellen könnten, auf die wir unsere Kräfte konzentrieren.

Zu den Bundestagswahlen fassen wir eine möglichst breite Beteiligung ins Auge: mindestens drei Landeslisten (NRW, Hamburg und Baden-Württemberg). Der genaue Umfang der Kandidatur muß nach einer Zwischenbilanz der Vorbereitungen bis zur Sommerpause festgelegt werden.

6.1.1986

Die Revolutionären Sozialisten und die Bundestagswahlen

Eine erste Stellungnahme der AzD-Redaktion

Die Redaktion der AzD begrüßt die von verschiedenen Organisationen der revolutionären Sozialisten angestrebten gemeinsamen Aktivitäten zur Bundestagswahl 1987. Die dabei bisher entwickelten Vorstellungen weisen Unterschiede sowohl vom politischen Inhalt (insbesondere in der Stellung zur SPD) wie auch in der Form (selbständige Kandidatur oder nicht) auf. Zu beiden Fragen möchten wir im folgenden eine erste Stellungnahme abgeben.

Die allgemeinpolitische Orientierung

Unter derselben Überschrift veröffentlichte das ZK der KPD Thesen zum anstehenden o. Parteitag (im Roten Morgen 50, S. 5 ff.), die zugleich Grundlage für die Parteiaktivitäten zur Bundestagswahl 87 darstellen. Ausgangspunkt dieser Thesen ist die bereits im Programmentwurf der KPD getroffene Feststellung von der „Wenderegierung" als einer Regierung der „offenen Konfrontation" gegen die Gewerkschaften. „Wie andere Kräfte der Linken" habe auch die KPD „diesen zentralen Aspekt der Wende von Anfang an richtig erkannt", heißt es gleich zu Anfang der Thesen, während etwas später einschränkend festgestellt wird, „andererseits sind nicht alle Befürchtungen, die insbesondere die Linken, inklusive unserer Partei, mit dem triumphalen Wahlsieg der Bundestagswahl 82 verbunden hat, Realität geworden." Das Festhalten an dem vermeintlich „zentralen Aspekt der Wende" bildet die Grundlage für die weitere politische Orientierung der KPD, inklusive der Bundestagswahl 87. Da es sich bei der CDU/CSU/FDP-Koalition um eine Regierung der „offenen Konfrontation" gegen die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung handelt, gibt es — so die KPD — ein gemeinsames Interesse der Arbeiterbewegung zum Sturz der „Wenderegierung". „Deshalb wird der Kampf gegen die derzeitige Bonner Regierung, für ihre Beseitigung und ihre Ersetzung durch eine andere Regierung, die nach bedeutend besserer Lage der Dinge, die sich bis zur Bundestagswahl kaum verändern dürfte, nur eine sozialdemokratisch geführte sein kann, die allgemeinpolitische Orientierung der Arbeiterbewegung sein.

Gegenüber diesem allgemeinen politischen Streben der Arbeiterbewegung, die derzeitige Bonner Regierung zu beseitigen, stehen wir Kommunisten durchaus nicht in Opposition." Aus diesen Ausführungen zieht die KPD dann den Schluß: „Die revolutionären Sozialisten müssen mit aller Kraft für die Niederlage der Wendeparteien arbeiten" und stellt Losungen auf wie „Stoppt die Wende" und „keine Stimme den Wendeparteien".

Wir halten sowohl die Einschätzung wie die daraus gezogenen Schlußfolgerungen für falsch. Bereits in der Kritik des Programmentwurfs haben wir die dort vorgenommene Beurteilung der Regierungspolitik auf den Gebieten der Außen- und Sicherheitspolitik wie auch der Gewerkschaftspolitik verworfen und darauf hingewiesen, daß dies zu einer Strategie führen kann, „die das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gegen das Großkapital mindestens nahelegt, wenn nicht zum Kernpunkt hat." (Kritik des Programmentwurfs der

Fortsetzung auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

KPD, S. 24) U.E. ist kein Grund ersichtlich, diese Einschätzung zu revidieren, insbesondere nicht, daß eine realistischere Einschätzung des Charakters der Kohl-Regierung innerhalb der revolutionären Sozialisten an Boden gewonnen hat. (Siehe dazu die Faschisierungsdebatte in der Zeitung „Arbeiterkampf", sowie die Beschlußfassung der Delegiertenkonferenz der GIM, wo die Mehrheit der Auffassung war: „Die Kohl-Politik ist noch keine Politik der offenen Konfrontation gegen die Arbeiterbewegung (wie die von Thatcher in Britannien)." (Was Tun Nr. 419, S. 8)

Die vom ZK der KPD vertretene Auffassung von dem gemeinsamen Interesse der Arbeiterbewegung am Sturz der „Wenderegierung" betont die **Gemeinsamkeiten** von Kommunisten und Sozialdemokraten, wohl wissend, daß die Sozialdemokratie der hauptsächliche politische Nutznießer dieser Entwicklung ist. („... eine andere Regierung, die nach bedauerlicher Lage der Dinge... nur eine sozialdemokratisch geführte sein kann") Genau diese Orientierung halten wir für grundfalsch. Gegen die Politik der „Wenderegierung agitieren und organisieren Sozialdemokratie und sozialdemokratische Gewerkschaftsführung breit unter den Werktätigen. Diese „allgemeine politische Orientierung der Arbeiterbewegung" ist eine sozialdemokratische, in der die Kommunisten nicht aufzugehen haben, sondern von der eine entschiedene Abgrenzung not tut.

Die „allgemeine politische Orientierung" der spontanen Arbeiterbewegung ist nur der **Ausgangspunkt, aber keineswegs der Inhalt** kommunistischer Politik. Den Inhalt kommunistischer Politik von der spontanen Bewegung bestimmen zu lassen, heißt unter heutigen Bedingungen, die Kommunisten zum Wahlhilfeverein für die Sozialdemokratie zu degradieren. Genau diese Orientierung schlägt das ZK der KPD vor, indem es das **gemeinsame** Interesse der Arbeiterbewegung am Sturz der „Wenderegierung" in den Mittelpunkt seiner politischen Orientierung rückt.

Unter den gegebenen Bedingungen, wo die Hegemonie der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung nicht nur weitgehend unangetastet, sondern momentan sogar im Wachsen begriffen ist, die politische Relevanz der Kommunisten in derselben rudimentär und wahlarithmetisch weit unter einem Prozent liegt, besteht keinerlei Notwendigkeit, ein gemeinsames Interesse am Sturz der Kohl-Regierung in den Mittelpunkt zu rücken. Vielmehr besteht bei Strafe des eigenen Untergangs die Pflicht, die Differenz zur SPD in den Mittelpunkt zu rücken. Nicht das gemeinsame Interesse am Sturz der „Wendekoalition" gilt es zu betonen, sondern die arbeiterfeindlichen Sonderinteressen der Sozialdemokratie sollten den Kernpunkt kommunistischer Politik darstellen. Eben darum sind Parolen wie "Keine Stimme den Wendeparteien" für uns unakzeptabel. Sie sind Wahlhilfe für die Sozialdemokratie und führen zur politisch-ideologischen Erosion der kommunistischen Bewegung nach rechts.

Eine kommunistische Politik in den kommenden Wahlkämpfen muß u.E. die Abgrenzung zu allen bürgerlichen Parteien, insbesondere aber zur Sozialdemokratie herausarbeiten. Mit der Kritik der Wirtschafts- und Sozialpolitik von SPD und Grünen in der letzten Nummer der Beilage wurde ein Schritt in diese Richtung getan. Während die Thesen des ZK der KPD die Abgrenzung zur Sozialdemokratie in dem Abschnitt „Für die Mobilisierung der Arbeiterklasse" auf zwei propagandistische Bereiche reduzieren (1. die SPD bindet die Arbeiterklasse an den Parlamentarismus; 2. die SPD ist gegen Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und damit gegen die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft), gilt es, wie in der Beilage begonnen, die **politische** Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Vorstellungen zu suchen. Die Abgrenzung von der Sozialdemokratie nur an der Frage der parlamentarischen Orientierung und des Sozialismus entwickeln zu können, wie die ZK-Thesen es tun, zeigt die ganze politische Hilflosigkeit der Kommunisten. An die Stelle dieser abstrakten Propaganda muß die konkrete Kritik sozialdemokratischer Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik treten. Diese herauszuarbeiten sehen wir als zentrale inhaltliche Aufgabe der Kommunisten in den kommenden Wahlkämpfen.

Gemeinsame Aktivitäten zur Bundestagswahl

In ihrem Aufruf zur Aktionseinheit bei den Bundestagswahlen 1987 schreibt die MLPD: „Die Bundestagswahlen Anfang 87 werden zu einer Polarisierung zwischen ultrarechtem Antikommunismus und der Suche nach einem Ausweg durch die Werktätigen führen." (Rote Fahne 51/85 S. 6) Diese Formulierung läßt vermutlich bewußt offen, welchen Ausweg die Werktätigen woraus suchen. Sie unterstellt aber einen Ausweg aus Kapitalismus und Krise. Aus dieser selbst konstruierten Polarisierung leitet dann die MLPD die Notwendigkeit ihrer eigenständigen Kandidatur ab. Real dürfte die Polarisierung dieses Wahlkampfes zwischen christlich/liberalen und sozialdemokratischen Wegen der kapitalistischen Krisensanierung und außenpolitischer Orientierung verlaufen, wobei den Kommunisten die Unterschiede zwischen diesen Konzeptionen vielfach unklar sind. Ein nennenswerter Anteil von Werktätigen, die eine sozialistische Alternative befürworten, ist bisher bei keiner Wahl der letzten Jahre auszumachen gewesen. Die **politische Notwendigkeit** einer selbständigen Kandidatur der revolutionären Sozialisten kann somit aus dem Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung nicht hergeleitet werden. Wir halten weiterhin eine eigenständige Kandidatur der revolutionären Sozialisten weder ihrem organisatorischen Entwicklungsstand noch dem vorhandenen Maß an politischer Klarheit für angemessen.

Mögliche gemeinsame Aktivitäten beschränken sich aber u.E. nicht auf die Variante einer eigenständigen Kandidatur, sei es bundesweit oder in einzelnen Ländern. Die Frage so zu stellen, bedeutet die Form (Kandidatur oder nicht) über den Inhalt der Arbeit (Schaffung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse) zu stellen. Vielmehr sollten die revolutionären Sozialisten die durch die kommenden Wahlkämpfe an sie gestellten Anforderungen dazu nutzen, in der Kritik der Politik der bürgerlichen Parteien (von SPD bis CDU) sowie der Wahlprogrammatik von Grünen und DKP ihre eigenständigen politischen Konturen verstärkt herauszuarbeiten und somit dem allgemeinen Wunsch nach Einheit den festen Boden einer politischen Programmatik zu geben. Dies kann sowohl über die Beilage wie darüber hinaus in gemeinsamen Diskussionen, Veranstaltungen, Broschüren und Flugblättern vorangetrieben werden. Eine solche Orientierung würde die Herausbildung einer eigenständigen (was heißt dies anders als im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien stehenden?) revolutionären Arbeiterpartei befördern.

Redaktion der Azd, Januar 1986

Aufruf der MLPD zur Aktionseinheit bei den Bundestagswahlen 87

Die Bundestagswahlen Anfang 1987 werden zu einer Polarisierung zwischen ultrarechtem Antikommunismus und der Suche nach einem Ausweg durch die Werktätigen führen. Die MLPD hat eine bundesweite Teilnahme beschlossen und tritt als sozialistische Alternative an, weil nur der Sozialismus eine tatsächliche Lösung der bestehenden Probleme ermöglicht. Heute besteht die Möglichkeit der Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und anderer Werktätigen zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen gegen die Monopolangriffe. Auf diesem Weg gibt es verschiedene Berührungspunkte mit anderen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Im Interesse der Aktionseinheit und weil von den in Frage kommenden Kräften ansonsten keine andere zu einer eigenständigen bundesweiten Kandidatur in der Lage ist, machen wir den Vorschlag einer Aktionseinheit im Rahmen einer Offenen Liste der MLPD. Dies ist auch eine offensive Antwort auf die zunehmenden Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse. Der Vorschlag beinhaltet die Möglichkeit, auf der Grundlage einer Minimalplattform, wofür die MLPD nur wenige unverzichtbare Forderungen vorschlägt und die entsprechend erweitert werden kann, auf einer offenen Liste der MLPD zu kandidieren. Dabei wird die MLPD nicht die vorderen Listenplätze als für sich selbst reserviert betrachten.

Wir wenden uns damit an alle klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen, an die verschiedensten Initiativen der Werktätigen der Friedens- und Umweltschutzbewegung sowie an alle nichtmonopolistischen Parteien und Organisationen. Mit Ausnahme von den Grünen und der DKP, welche eine Aktionseinheit ablehnen und auf eine Unterstützung und Zusammenarbeit mit der SPD orientieren.

Für die Minimalplattform schlagen wir folgende sechs Hauptpunkte vor:

1. den gemeinsamen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen.
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Für höheren Lohn!
- Für mehr Lehrstellen in der Großindustrie!
- Für die Übernahme aller Lehrlinge entsprechend ihrer Ausbildung!
- Für Erhalt und Erweiterung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen!

2. den gemeinsamen Kampf gegen die Umweltzerstörung und deren Auswirkungen auf Gesundheit und Leben der Werktätigen, wobei sich dieser gegen die Industrie als den Hauptverursacher richten muß.
- Sofortige Entschwefelung und Entgiftung von Kraftwerken und Industrieanlagen auf Kosten der Betreiber!
- Wirksamer Umweltschutz und verstärkte Kontrolle gegen die industriellen Verschmutzer!
- Haftung der Verantwortlichen für die entstandenen Schäden!

3. den gemeinsamen Kampf gegen die Gefahr eines atomaren III. Weltkrieges, welche gegenwärtig vor allem durch die Weltraumrüstung verschärft wird.
- Gegen jegliche Weltraumrüstung!
- Weg mit dem „Krieg-der-Sterne-Programm" SDI und der europäischen Ergänzung Eureka!
- Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen!
- Gegen die Verlängerung der Wehrdienstzeit!

4. gegen Unterdrückung anderer Völker und gegen Rassenhaß.
- Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker!
- Abbruch aller wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der BRD mit dem rassistischen Regime in Südafrika!
- Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan!

5. den gemeinsamen Kampf für die Verteidigung und Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten und gegen alle Ansätze und Begünstigungen des Faschismus.
- Für ein uneingeschränktes Versammlungs- und Demonstrationsrecht auf antifaschistischer Grundlage!
- Weg mit der Änderung des Paragraphen 116! Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!
- Kampf der Novellierung des Polizeigesetzes!
- Verbot aller Faschistischen Organisationen!

6. auch die Intellektuellen, Kleinbauern, Handwerker usw. haben unter dem Monopoldiktat der Großkonzerne, Banken und Großagrarier zu leiden.
- Gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung zu Lasten der kleinbürgerlichen Intelligenz in Industrie, Handel und Verwaltung, gegen Arbeitsplatzabbau und schlechtere Bezahlung!
- Gegen die Ruinierung und Verelendung der Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler durch Großagrarier, Großindustrie und Großhandel!

Die Bereitschaft zur Aktionseinheit ist verbunden mit dem Recht auf eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit. Sie erfordert:

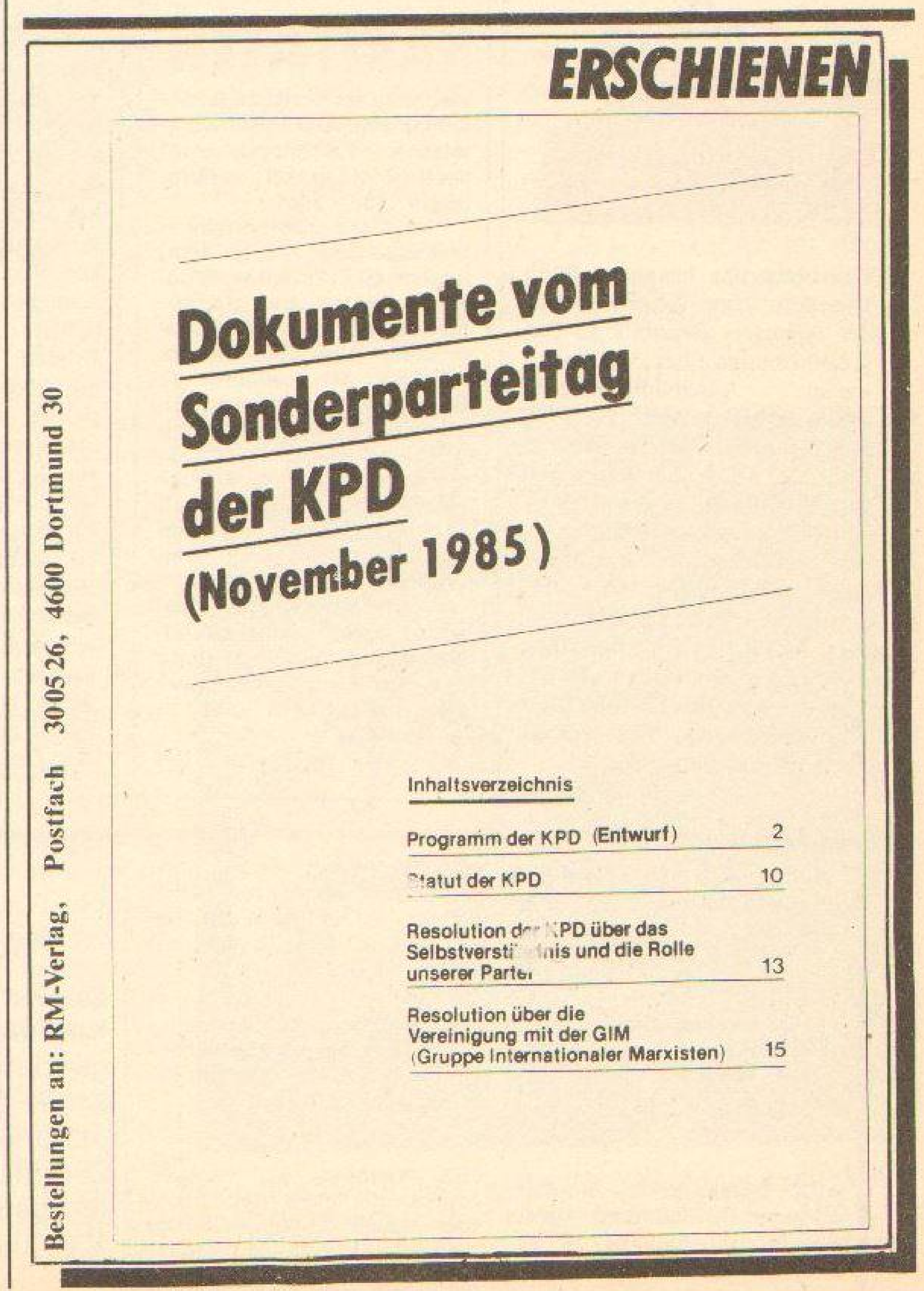
Keine Verwischung der Meinungsverschiedenheiten aber Zurückstellen hinter dem notwendigen Kompromiß. Dabei soll auch das Recht bestehen, seinen Wahlkampf auf einzelne Wahlkreise und bestimmte Kandidaten zu beschränken.

Dies gibt auch anderen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen die Möglichkeit, zu den Bundestagswahlen zu kandidieren und nutzt der Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen.

Zur Besprechung unseres Vorschlags schlagen wir allen interessierten Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen vor, sich an die MLPD zu wenden.

Mit solidarischen Grüßen
Stefan Engel
(Parteivorsitzender)

****



BÜCHERMARKT

Volks-fremd wörter-buch

Ein besonderes Schätzchen ist **„Wilhelm Liebknechts Volksfremdwörterbuch“**. Wir bieten das interessante Nachschlagwerk in der 22. Auflage von 1953 an. Es handelt sich um eine „neue, umgearbeitete und gekürzte“ Ausgabe, die aber alles Wichtige enthält. Von **„Abbé“** bis **„Zimnismus“** auf knapp 300 Seiten sind die Fremdwörter kurz, verständlich und korrekt erläutert. Wilhelm Liebknechts Volksfremdwörterbuch, das '53 schon 670000 Auflage hatte, bei uns einmalig für ★ **Nur 10,— DM**

V.d.A.i.d.g.I.d.S.

Die Abkürzung bedeutet **Verband der Arbeiter in der Graphischen Industrie der Sowjetunion.** Eine informative (und schön gestaltete) Broschüre aus dem Jahre 1927 informiert über die Geschichte des Verbandes, seinen Aufbau und seine Tätigkeit. Die sehr seltene 60-Seiten-Broschüre wurde herausgegeben von der Roten Gewerkschaftsinternationale und kann vom Interessenten bezogen werden für ★ **Nur 10,— DM**

WIDERSTAND

Die zweibändige Geschichte „Deutscher Widerstandskämpfer 1933 — 1945“ stellt die Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes in Bild, Biographien und Briefen vor. Dieses beeindruckende und eindringliche Werk umfaßt 1240 Seiten mit über 450 Abbildungen und ausführlichem Register. Zu diesen beiden Leinenbänden (einige Seiten lose) gibt es noch den Nachdruck einer Artikelserie aus der „Hamburger Volkszeitung“ von Juli bis Oktober 1947: Dokumente des Widerstands, Ein Beitrag zum Verständnis des illegalen Kampfes gegen die Nazi-Diktatur. In diesem Buch von Ende '47 wird ausführlich der Widerstand der „Illegalen“ der Wasserkante geschildert. Alle drei Bücher über den Widerstand zusammen **Nur 25,— DM** ★



Das beste uns bekannte Buch über Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik ist der großformatige über 550 Seiten starke Ausstellungskatalog **„Wem gehört die Welt“**, der 1977 von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst herausgegeben wurde. Kurz die grobe Kapiteleinteilung: Zeitgeschichte/Architektur/Bildende Kunst/Literatur und Publizistik/Arbeitertheater/Arbeiterfotografie/Film/Musik. Zu allen Bereichen informative Texte, viele Dokumente, Bilder. **Das** Lesebuch und Nachschlagewerk. Der winzige Preis für das riesige Buch: ★ **Nur 20,— DM**



Engels-Drama

Ziemlich unbekannt ist, daß der junge Friedrich Engels einem literarischen Zirkel in Wuppertal angehörte. Aus dieser Zeit, vor 1840 stammt sein Entwurf für ein Drama: *„Cola die Rienzi“* spielt im frühen Mittelalter. Im Hammer Verlag ist dieses Stück 1974 erstmals veröffentlicht worden. Herausgeber waren das Friedrich-Engels-Haus in Wuppertal und das Karl-Marx-Haus in Trier. In einem großen Leinenband ist das Stück, die Geschichte der Auffindung dieses Textes und zeitgenössisches Material dazu veröffentlicht. Und der Clou: in einer Tasche auf dem hinteren Buchdeckel sind alle Faksimiles der Handschriften und Zeichnungen Engels zu *„Cola die Rienzi“* enthalten. Diese Rarität — dieses unbekannte Stück, dieser „frühe“ Engels kostet bei uns ★ **Nur 15,— DM**

ACHTUNG: Dies Angebot wurde zwar bestellt, aber nie bezahlt, deswegen auch nicht ausgeliefert: daher erscheint diese Rarität noch einmal im Büchermarkt:

RARITÄTEN

Viel mehr als ein Buch ist die Sammlung: Der Antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblatts 1933 - 1945.

In einem großformatigen Leinenschuber (26/36/6cm) liegen 240 Faksimiles illegaler Flugblätter, eine großformatige informative Broschüre bietet eine gute Einführung und ein ausführliches Register zu den Drucken. Einige Dinge sind sogar Originalreproduktionen, wie z.B. der komplette Originaldruck einer kleinen Broschüre, mit der die Resolution der Berner Konferenz der KPD vom Frühjahr 1939 im „Reich“ verbreitet wurde. Diese Kassette, eine außergewöhnliche verlegerische Leistung des Röderberg Verlages aus dem Jahre 1978 gibt es — einmalig — für ★ **Nur 75,— DM**

Weil's so schön war, bzw. ein so großer Erfolg, kommt der Büchermarkt noch mal wieder. Wenn vom Weihnachtsgeld noch was übrig ist, hier gibt's günstige Gelegenheiten, auch die Reste zu verbraten. Letzte Angebote aus Spenden, Rezensionsexemplaren, Doppel- und Dreifachausgaben aus unserer Bibliothek. Dazu noch modernes Antiquariat aus dem Vertrieb des RM-Verlages.

Und so wird bestellt:

Alle Bücher, alle Angebote, die mit einem Sternchen (★) versehen sind, gibt es nur einmal oder zweimal. Um Mehrfachbestellungen und damit eventuell große Traurigkeit bei den zu spät kommenden zu vermeiden unser Weg: **Anrufen — nachfragen, ob das Buch noch zu haben ist, reservieren lassen und der Versand kommt in die Gänge,** sowie Eure Kohle eingetroffen ist. Bei mehreren Exemplaren und Restauflagen läuft der Versand in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen. Und bitte: keine Bestellungen unter 10,— DM — das ist für niemanden ein Vorteil.

Daher ganz wichtig: Telefon RM-Verlag: **(0231) 433691** oder 92, Werktags von 9 - 18 Uhr.

Bestelladresse: **RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30**

Für Schecks und Überweisungen: Verlag RM, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 000 290 (BLZ 440 501 99) Postscheckkonto Dortmund 79 600-461

ALBANIEN

Wer je in Albanien war, muß dieses Buch besitzen, wer es besitzt, möchte bestimmt mal hinfahren: **Baudenkmäler Albaniens,** im Original **„Monumente te' Arkitekturës në Shqipëri“** heißt ein riesiger Bildband mit den schönsten Aufnahmen albanischer Architektur. Vom antiken „Trümmer“ über restaurierte historische Bauten bis zu schönsten Gesamtaufnahmen alter Städte bietet der Bildband einen interessanten Einblick in die Baukunst der Albaner. 30 mal 33 cm großer Bildband, viele Farbfotos, albanischer, französischer und englischer Textteil — das alles für ★ **Nur 15,— DM**

BELINSKI

W. G. Belinksi, russischer Philosoph, Dichter und Literaturkritiker, lebte von 1811-1841. Die wichtigsten Schriften des revolutionären Demokraten in einem schönen Auswahlband: 621 Seiten, hervorragende Ausstattung, Schutzumschlag. Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau, 1950 ★ **Nur 9,90 DM**

Tschapaiew

Nach Tschapaiew, dem tollkühnen roten Kämpfer des revolutionären Rußlands nannte sich auch ein internationales Bataillon im spanischen Krieg. 1956 ist von der XI. (internationalen) Brigade ein über 400 Seiten starkes Buch herausgegeben worden: „Tschapaiew“ **Das Bataillon der 21 Nationen.** Dargestellt in Aufzeichnungen seiner Mitkämpfer. Redigiert von Alfred Kantorowicz, der Informationsoffizier dieser Einheit war. In Briefen, Berichten, Tagebuchauszügen, militärischen Lageberichten und Befehlen wird ein Stück europäischer Geschichte aus der Sicht der antifaschistischen Helden der internationalen Brigaden gezeichnet. Zum 50. Jahrestag des Kriegs in diesem Sommer ein ganz wichtiges Buch! Dieses Werk mit ausführlichem Bildteil und einer informativen Zeittafel ist nach '56 wieder erschienen. Es ist einmalig zu haben (mit Flecken auf dem Deckel, aber sonst o.k.) für ★ **Nur 25,— DM**



Die **„Arbeiter-Illustrierte Zeit“**, die **„AIZ“** ist wohl das bemerkenswerteste fortschrittliche Presseorgan der Jahre 1921 bis 1938. In Deutschland und später im Exil erschien diese Zeitung unter Mitwirkung namhafter Autoren und Grafiker. Heartfields Fotomontagen machten sie berühmt, Kisch's Reportagen ebenso. Heinrich Mann nannte sie 1926 *„eine der besten aktuellen Bilderzeitungen“*. Wir bieten an: Einen großformatigen Leinenband, der auf über 350 Seiten viele Ausgaben dokumentiert, die Geschichte, die Arbeit der AIZ und den Erfolg der AIZ beschreibt. Statt früher über 30,— DM bei uns **Nur 15,— DM** ★

Geschichts-paket

Unser dieswöchiges Geschichtspaket handelt von der Geschichte des alten Rußlands. Deutschsprachige Veröffentlichungen aus der UdSSR informieren über die lange Geschichte des Landes in dem in diesem Jahrhundert die erste sozialistische Revolution stattfand. In diesem Paket: **Geschichte der Kultur der alten Russen,** 2bändige Leinenausgabe eines Geschichtswerks über die vormongolische Epoche. Alle Bereiche der materiellen und geistigen Kultur, Handwerk, Landwirtschaft, Kunst und Musik werden systematisch dargestellt. (933 Seiten). Dann: **Die Russische Kultur der Kiewer Periode** von Prof. B.D. Grekow, Moskau '47. Ein wunderschönes blaues Buch mit geprägtem Kunstledereinband, Lesebändchen und vielen Abbildungen. 117 Seiten. Auch ein ungewöhnlich schönes Buch: **Iwan Grosny,** ein Geschichtswerk über Rußland im sechzehnten Jahrhundert. Schön gestaltet, viele Bilder, 240 Seiten. Moskau 1947. Dazu noch aus dem Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau der Teil I der **Geschichte der UdSSR,** von der Urgesellschaft bis zum 17. Jahrhundert, (280 Seiten). Das große (großrussische) Geschichtspaket mit selten schönen und interessanten Büchern. 5 Bände, 1620 Seiten für wenig Rubel: bei uns ★ **Nur 35,— DM**

GEGEN GEBOT

Ein informatives Paket über wichtige Jahre der VR China bieten wir an: Fünf komplette Jahrgänge der Reihe **„China aktuell“** der außergewöhnlich faktenreichen Zeitschrift **„China aktuell“** vom Institut für Asienkunde in Hamburg. Wir bieten an: die kompletten Jahrgänge 73, 74, 75, 76 und 77. Drei kartonierte Sammlungen, zwei in Leinen gebunden. Alle fünf Bände mit ausführlichem Jahresindex, der die Brauchbarkeit der Dokumentation der Wirtschaft/Gesellschaft und der aktuellen chinesischen Presse erhöht.

Dazu: Die fest eingebundenen Jahrgänge 75 und 76 der **„Peking-Rundschau“**. Diese Ausgaben dokumentieren eine besonders interessante Phase der chinesischen Politik. (Drei-Welten-Theorie — Kampf gegen Deng Hsiao-ping — Tod Tschou En-lais u.a.) Mehrere tausend Seiten chinesischer Zeitgeschichte — 7 voluminöse Bände (über DIN-A4 groß), die Bücher sind nebeneinander gestellt über 40 cm breit, wiegen mehr als 17,5 kg und sie kann gegen einen Versandkostenanteil von 15,— DM (oder abholen) bekommen, wer mindestens ★ **50,— DM bietet.**

Massenweise Sonderpreise

Literatur zur Arbeiterbewegung

Iwan Popow, Als die Nacht verging, Roman über den illegalen Kampf der Bolschewiki unter der Stolypinschen Reaktion. 2 Bd. 596 Seiten 10,— DM
Proletarische Laienlyrik 1914 bis 1945, 115 Seiten 1,— DM
Das kleine dicke Liederbuch, 800 Seiten 14,— DM
Roter Fels, Roman aus China, 500 Seiten 7,— DM
Erich Weinert, Bildbiographie, 152 Seiten 5,— DM
Brinker-Gabler, Frühe Texte — Frauen gegen den Krieg, 340 Seiten 6,— DM

***

Friedrich Wolf, Dramen, 6 Bände 15,— DM
Lessing, Werke, 5 Bände 15,— DM
Schiller, Don Carlos, Reclam 0,50 DM
Goethe, Campagne in Frankreich, Belagerung von Mainz 1,— DM
Goethe, Egmont, Reclam 0,20 DM
Heine, Band 4 6,— DM
G. Hauptmann, Bahnwärter Thiel, Reclam 0,20 DM

***

Albanische Literatur

Sterjo Spasse, Sie waren nicht allein, Roman, 356 Seiten 2,— DM
Landwirtschaft in der SVR Albanien 1,— DM

***

Biondi, Passavantis Rückkehr, 105 Seiten 5,— DM
Förderzentrum Jugend schreibt, Täglich eine Reise von der Türkei nach Deutschland, 115 Seiten 5,— DM
Yilmaz Güney, Sürü Die Herde, 110 Seiten 9,— DM
Nazim Hikmet, Menschenlandschaften 3. Buch, 135 Seiten 7,— DM

***

Bücher der Friedensbewegung

Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, 193 Seiten 6,— DM
Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten, um abzurüsten? 313 Seiten 5,— DM
Albertz, Bastian, Mechtersheimer u.a., Es geht ums Überleben 5,— DM
Nigel Calder, Atomares Schlachtfeld Europa 6,— DM

***

Lehrbuch der politischen Ökonomie, Band 1: Die bürgerliche Produktionsweise 14,80 DM
Band 2: Die sozialistische Produktionsweise 10,80 DM
Albanische Jugend — geboren und erzogen in der Revolution 2,— DM
Kalinin, Über kommunistische Erziehung 2,— DM
Berta Lask, Leuna 1921, Roman 3,50 DM
Iwan Popow, Als die Nacht verging, Roman Band 1 7,80 DM
Band 2 9,80 DM
Dimitroff, der Held von Leipzig 3,50 DM
Erich Weinert, Camaradas 7,50 DM

***

Poster

Ernst Thälmann 60 x 85 cm 3,— DM
Aus Nicaragua
1. 1927 FSLN 1981 3,— DM
2. Sandino ayer, Sandino hoy, Sandino siempre 3,— DM
Arbeitsplätze statt Ausländerhetze 3,— DM
Poster der KJD: Wenn wir diese Typen enteignen 3,— DM
Laßt uns mit diesem Deutschen nicht allein 3,— DM
Poster der KPD: Laßt Euch nicht (Flick) verKOHLen 3,— DM
Alle Plakate Größe DIN A 2, wenn nicht anders vermerkt.

***

Musikkassette „Schönes Land“ von Elbe 1 7,— DM

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald,** Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474